

Protokoll zur

Gemeindeversammlung 2/2024

Freitag, 29. November 2024

19:30 Uhr in der Turnhalle Buchholz, Glarus

Vorsitzender: Gemeindepräsident Peter Aebli, Glarus
Anwesend: zirka 440 Stimmberechtigte
Dauer: 19:30 – 22:45 Uhr

Traktandum 1

Begrüssung und Mitteilungen

Frau Vizepräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Im Namen des Gemeinderats begrüsse ich Sie herzlich zur heutigen Gemeindeversammlung.

Ich danke Ihnen, liebe Stimmberechtigte, dass Sie heute teilnehmen und wichtige Entscheide für die Gemeinde fällen.

Speziell begrüsst wird der neue Gemeinderat Philipp Langlotz, der ab 1. Januar 2025 Einsitz im Gemeinderat nehmen wird.

Ich danke allen, die an der Vorbereitung zur heutigen Versammlung beteiligt waren.

Organisatorische Hinweise

Verwendung technischer Hilfsmittel

Die heute vertretenen Medien heisse ich herzlich willkommen.

Ich informiere Sie darüber, dass Bild- und Tonaufnahmen durch die Medien erlaubt sind und dass für das Protokollieren technische Hilfsmittel verwendet werden.

Antragstellung an der heutigen Versammlung

Für Votantinnen und Votanten steht hier vorne ein Rednerpult mit Mikrofon zur Verfügung. Ich bitte alle Personen, die sich an der Diskussion beteiligen wollen, nach vorne zu kommen und mir den Stimmrechtsausweis abzugeben. Zur Sicherstellung eines transparenten Verhandlungsverlaufes sind wir darauf angewiesen, dass möglichst alle Anträge in schriftlicher Form abgegeben werden. Gemäss Art. 59 Abs. 4 Gemeindegesetz ist immer zuerst ein Antrag zu formulieren, der dann zu begründen ist. Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele verschiedene Rednerinnen und Redner die Möglichkeit haben, ihr Anliegen vorzubringen. Verzichten Sie auf Wiederholungen.

Stimmenzählende und Sektoren

Die auf Amtsperiode gewählten Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler stehen auch heute Abend im Einsatz. Herzlichen Dank!

Die Sektorenzuteilung der Stimmenzählenden sieht wie folgt aus. Ich bitte die Stimmenzählenden aufzustehen und sich den Stimmberechtigten in ihrem Sektor kurz zu zeigen.

für den Sektor A	Karl Mächler, Ennenda (inkl. Gemeinderat und Presse)
für den Sektor B	Ronald Leuzinger, Ennenda
für den Sektor C	Kurt Süess, Netstal
für den Sektor D+H	Jakob Schnyder, Netstal (von der
für den Sektor E	Marcel Leuzinger, Ennenda
für den Sektor F	Rudolf Luchsinger, Ennenda
für den Sektor G	Susanne Elmer Feuz, Ennenda

Als zusätzlicher Stimmenzähler wird Herr Jakob Schnyder, Netstal, vorgeschlagen. Die Versammlung ist mit Herrn Jakob Schnyder als Stimmenzähler für die Sektoren D und H einverstanden.

Traktandenliste

Traktandenliste, Memorial und Stimmrechtsausweise sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle die Traktandenliste zur Diskussion.

Antrag Walter Salvadori

Ich stelle den Antrag, dass man Traktandum 8 neu als Traktandum 3 führt.

Begründung:

Falls die Steuererhöhung abgelehnt wird, hat das unter Umständen grossen Einfluss auf die zu behandelnden Geschäfte und das Budget. Deshalb finde ich es richtig, zuerst über die Steuererhöhung zu diskutieren und abzustimmen.

Der Vorsitzende

Der Antrag kann leider nicht entgegengenommen werden, da im Gemeindegesetz Art. 67 geregelt ist, dass die Reihenfolge so sein muss. Die Umstellung ist nicht möglich, auch wenn das inhaltlich vielleicht einen gewissen Sinn ergeben würde.

Gibt es weitere Anträge zur Traktandenliste?

Dies ist nicht der Fall.

Ich stelle fest, dass die Versammlung ordnungsgemäss eingeladen und beschlussfähig ist.

Mitteilungen

Ich informiere Sie über den Stand des einzigen offenen Antrags der Stimmberechtigten an die Gemeindeversammlung:

Im Oktober 2022 haben zwei Stimmberechtigte namens des Vorstands der FDP Glarus einen Antrag eingereicht, der verlangt, dass der Gemeindeversammlung eine Vorlage zu einer Tiefgarage unter dem Landsgemeindeplatz zu unterbreiten ist.

Am 25. November 2022 hat die Gemeindeversammlung eine Vorlage betreffend autofreien Landsgemeindeplatz an den Gemeinderat zurückgewiesen. Im Budget 2024 ist ein Betrag enthalten, um umfassende Abklärungen vornehmen zu können. Diese Arbeiten sind im Gange und Sie haben festgestellt, dass vor zwei bis drei Wochen Bohrungen stattgefunden haben. Im Laufe des Jahres 2025 werden diese Arbeiten dann abgeschlossen und wir werden Ihnen an einer nächsten Gemeindeversammlung Antrag stellen.

Anträge können auch unter dem Jahr bei der Gemeindekanzlei eingereicht werden oder Sie können heute einen Antrag zu einer nächsten Gemeindeversammlung stellen.

Dies ist nicht der Fall.

Hier sehen Sie die Termine der nächsten Gemeindeversammlungen eingeblendet. Sie werden voraussichtlich wie folgt stattfinden:

- Freitag, 13. Juni 2025, 19:30 Uhr
- Freitag, 28. November 2025, 19:30 Uhr

Im Übrigen verzichte ich darauf, über Geschehnisse in der Gemeinde seit der letzten Gemeindeversammlung zu berichten. Sie finden all diese Informationen auf der Website der Gemeinde unter «Aktuelles» und können dort auch unseren Newsletter abonnieren. Zudem hat die Gemeinde im vergangenen Sommer mit einem Podcast das Medienangebot erweitert. Bleiben Sie auf dem Laufenden und abonnieren Sie den Gemeinde-Podcast auf den bekannten Streamingdiensten.

Ebenso ist die Gemeinde in den sozialen Medien präsent.

Die Landsgemeinde vom 5. Mai 2024 hat den Regierungsrat Kaspar Becker ehrenvoll als Landammann gewählt.

Aus diesem Anlass und zur Anerkennung der ausserordentlichen politischen Verdienste hat der Gemeinderat Kaspar Becker an der 1.-August-Feier 2024 die Ehrennadel der Gemeinde Glarus verliehen.

Dienstjubiläen 2. Halbjahr 2024

Im Namen des Gemeinderats gratuliere ich folgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde zu ihrem Dienstjubiläum, das sie im zweiten Halbjahr 2024 feiern können.

10 Jahre:

- Fabia Hadorn, Lehrperson Sekundarstufe I
- Pascal Nigg, Lehrperson Primarstufe
- Tanja Schindler, Stv. Gemeindeschreiberin / Co-Abteilungsleiterin Gemeindekanzlei
- Doris Schindler Lopez Tovar, Lehrperson Primarstufe
- Britta Schlegel-Waldvogel, Lehrperson Primarstufe

15 Jahre:

- Sabine Angel-Hösli, Mittagstisch Buchholz
- Philipp Gredig, Lehrperson Primarstufe
- Noemi Neumann-Hunold, Lehrperson Primarstufe

20 Jahre:

- Alois Gisler, Lehrperson Primarstufe



25 Jahre:

- Jürg Bernold, Mitarbeiter Tagesstrukturen
- Susanne Zweifel-Runge, Lehrperson Primarstufe

30 Jahre:

- Natalie Hughes Läser, Lehrperson Primarstufe
- Norbert Mann, Lehrperson Primarstufe
- Franz Müller, Forstwirtschaft

35 Jahre:

- Beatrice Kamm-Braun, Lehrperson Primarstufe
- Astrid Rudolf Flach, Logopädie

40 Jahre:

- Adelheid Küng-Hauser, Lehrperson Primarstufe

Traktandum 2

Wahlen für die Amtsperiode 2022–2026

Wir stützen uns bei diesem Geschäft auf die Ausführungen auf Seite 3 im Memorial.

2.1 Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission

Florian Fischli, Netstal, hat auf diese Gemeindeversammlung hin den Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission bekannt gegeben. Er hat dieses Amt seit der Herbst-Gemeindeversammlung 2014 ausgeübt.

Ich danke Florian Fischli im Namen von Gemeinderat und der Stimmberechtigten herzlich für sein grosses und langjähriges Engagement für die Geschäftsprüfungskommission und die Gemeinde.

Der frei werdende Sitz ist heute für den Rest der Amtsperiode 2022–2026 neu zu besetzen. Wählbar sind alle in der Gemeinde Glarus stimmberechtigten Personen, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Wir kommen zur Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission:

Ich gewärtige Vorschläge zur Wahl in die Geschäftsprüfungskommission:

Ich habe gehört: Nathalie Bertrand, Ennenda.

Ich komme zur Wahl.

(Die Gemeindeversammlung wählt Nathalie Bertrand.)

Dann gratuliere ich Nathalie Bertrand zu dieser ehrenvollen Wahl und danke ihr herzlich, dass sie sich für dieses Amt bereitgestellt hat.

Die Gemeindeversammlung wählt Nathalie Bertrand, Ennenda, als Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission.
--

2.2 Wahl eines Mitglieds der Schulkommission

Mirjam Zweifel, Netstal, hat auf diese Gemeindeversammlung hin den Rücktritt aus der Schulkommission bekannt gegeben. Sie war seit der Frühlings-Gemeindeversammlung 2018 als Schulkommmissionsmitglied tätig.

Ich danke Mirjam Zweifel im Namen von Gemeinderat und Stimmberechtigten herzlich für ihr grosses und langjähriges Engagement für die Schulkommission.

Der frei werdende Sitz ist heute für den Rest der Amtsperiode 2022–2026 neu zu besetzen. Wählbar sind alle in der Gemeinde Glarus stimmberechtigten Personen, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Wir kommen zur Wahl eines Mitglieds der Schulkommission:

Ich gewärtige Vorschläge:

Ich habe gehört: Ruth Strebel, Glarus.

(Die Gemeindeversammlung wählt Ruth Strebel.)

Ich gratuliere auch Ruth Strebel, danke ihr für ihr Engagement und wünsche ihr viel Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt.

Die Gemeindeversammlung wählt Ruth Strebel, Glarus, als Mitglied in die Schulkommission.

2.3 Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros

Am 19. Mai 2024 ist Martin Zwicky, Netstal, viel zu früh verstorben. Martin Zwicky war seit dem Jahr 2010 Mitglied des Wahlbüros der Gemeinde Glarus und engagierte sich zuvor auch als Wahlbüromitglied und Stimmzähler in der früheren Gemeinde Netstal. Der Gemeinderat hat tief betroffen von seinem Hinschied Kenntnis genommen. Wir haben uns bereits an der letzten Gemeindeversammlung an ihn erinnert.

Der im Wahlbüro vakante Sitz ist heute für den Rest der Amtsperiode 2022–2026 neu zu besetzen. Wählbar sind alle in der Gemeinde Glarus stimmberechtigten Personen, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben.

Wir kommen zur Wahl eines Mitglieds des Wahlbüros:

Ich gewärtige Vorschläge:

Ich habe gehört: Elisabeth Hamann, Glarus.

(Die Gemeindeversammlung wählt Elisabeth Hamann.)

Dann gratuliere ich Elisabeth Hamann zu dieser Wahl und auch ihr danke ich für die Bereitschaft, diese wichtige Aufgabe wahrzunehmen.

Die Gemeindeversammlung wählt Elisabeth Hamann, Glarus, als Mitglied in das Wahlbüro.

Traktandum 3

Verkehrsberuhigung: Schaffung weiterer Tempo-30-Zonen; Verpflichtungskredit von CHF 680'000

Dieses Geschäft ist im Memorial auf den Seiten 4 bis 8 beschrieben.

Im Jahr 2015 hat die Gemeindeversammlung die Umsetzung des Verkehrsberuhigungskonzepts beschlossen, und es wurde eine erste Etappe realisiert. Jede Neuerung bringt gewisse Risiken mit sich, und aus ersten Fehlern bei der Umsetzung hat man gelernt. Inzwischen haben sich auch die rechtlichen Rahmenbedingungen etwas geändert – es braucht etwas weniger bauliche Massnahmen, um Tempo-30-Zonen zu realisieren.

Die Erfahrungen mit den Tempo-30-Zonen sind durchwegs positiv: Die Sicherheit nimmt zu, der Lärm nimmt ab. Verschiedene Einwohnerinnen und Einwohner haben einen weiteren Ausbau der Tempo-30-Zonen verlangt. Im Jahr 2022 hat der Gemeinderat der Gemeindeversammlung dann einen Antrag zur Umsetzung der weiteren Etappen vorgelegt. Dieser wurde zurückgewiesen mit dem Auftrag, Tempo 30 möglichst in einem Wurf flächendeckend und mit weniger Signalisationen umzusetzen. Am liebsten hätte man einfach eine 30er-Tafel beim Querspangenkreisel und bei der Einfahrt vom Süden her Richtung Mitlödi gehabt. Das zuständige Departement hat dieses Anliegen aufgenommen, und es liegt nun ein Vorschlag vor, der bauliche Massnahmen auf ein Minimum reduziert. Leider lässt es der Kanton aber nicht zu, dass man auf den Kantonsstrassen und auf gewissen anderen Strassen Tempo 30 einführt. Das führt automatisch zu mehr Signalisationen. Um aber auch diese gering zu halten, verzichtet die Gemeinde bei gewissen Strassen, auf denen ohnehin niemand schneller als mit Tempo 30 fahren kann, darauf, Tempo 30 einzuführen. Für die Umsetzung des Konzeptes ist ein Verpflichtungskredit von CHF 680'000 vorgesehen – das sind CHF 180'000 weniger, als wir Ihnen im Jahr 2022 vorgelegt hatten.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für die Umsetzung der weiteren Etappen des Verkehrsberuhigungskonzepts wird ein Verpflichtungskredit von CHF 680'000 genehmigt.
Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Preisbasis: Baupreisindex Tiefbau Ostschweiz, Strassensanierung, Stand April 2024 [Basis Oktober 2020 = 100]).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat das Geschäft geprüft und empfiehlt Ihnen die Zustimmung. Sie finden die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission auf Seite 8 des Memorials.

Beratung des Geschäfts

Das Wort zum Antrag ist frei.

Ablehnungsantrag Roland Goethe

Im Namen der FDP beantrage ich Ihnen, den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 680'000 für die zweite Etappe zur Schaffung von weiteren Tempo-30-Zonen abzulehnen.

Obwohl sich die rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung dieser Tempo-30-Zonen grundsätzlich verbessert haben, ist heute Abend nicht klar, ob allenfalls noch weitere bauliche Massnahmen vorgenommen werden müssen, die ebenfalls Kosten verursachen werden. Im Memorial auf Seite 7 wird auch dargelegt, dass der Verpflichtungskredit sich auf eine Grobschätzung abstützt und mit Mehrkosten bis zu 20 % gerechnet werden muss. Das heisst, dass man mit Kosten von bis zu

CHF 816'000 rechnen muss. Zudem ist jährlich mit Betriebs- und Unterhaltskosten in der Höhe von rund CHF 20'000 zu rechnen.

Aufgrund der aktuellen angespannten Finanzlage der Gemeinde ist die FDP überzeugt, dass das Projekt zum falschen Zeitpunkt kommt. Um der finanziellen Lage Rechnung zu tragen, beantragen wir Ihnen heute die Ablehnung zu diesem Geschäft.

Votum Peter Käslin

Ich werde den Antrag stellen entweder auf eine Anpassung oder eine Abschaffung von Tempo 30, denn ich habe das ziemlich lange studiert und mich hinterfragt, wie man auf diese Zahl kommt. Dann habe ich mir noch mehr Gedanken gemacht und nachgeforscht. Es gibt verschiedene Sachen, die sicherheitstechnischen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. In der Schule lernt man, dass man über den Fussgängerstreifen laufen muss, und plötzlich gibt es in der Gemeinde Glarus keine Fussgängerstreifen mehr und jeder Fussgänger kann auf die Strasse laufen, wo er will. Das finde ich ein bisschen riskant. Vom Kindergarten an lernt man am Fussgängerstreifen «warte, (rechts und links) luege, lose, laufe». Dann gibt es gewisse Strassen, wo man ohnehin nicht Tempo 50 fahren kann – ich habe da gewisse abgefahren – und unnötig Geld investiert, indem man dort eine Tempo-30-Tafel aufstellt, und nachher den Fussgänger vom Boden kratzen muss, weil man etwas wegnimmt (*den Fussgängerstreifen*), das sich seit Jahren bewährt hat. Ein gutes Beispiel haben wir in Riedern mit dem Lerchenweg, wo ich selbst wohne. Dort eine Tempo-30-Zone zu schaffen, ist überflüssig; da könnte man ein paar Tausend Franken sparen, denn dort kann man ohnehin nicht mit Tempo 50 um die Blöcke fahren. Und dann steigen jährlich die Unterhaltskosten. Jedes Jahr wird alles teurer. Eventuell steigen auch noch die Steuern. Wie soll man das mit einer Familie noch alles finanzieren, wenn man nur gemolken wird. Und von den 20 %, welche ich Angstgeld nenne, weiss man jetzt schon, dass man sie brauchen wird. Deshalb wäre es mir ein Anliegen, dass man dies entweder anpasst oder ganz ins Wasser fallen lässt.

Der Vorsitzende

Darf ich dies als Ablehnungsantrag verstehen?

(Dies wird bejaht.)

Dann unterstützen Sie den Antrag von Herrn Goethe?

(Dies wird bejaht.)

Votum Heinrich Hösli

Ich stelle den Antrag auf Ablehnung. Der Gemeinderat soll uns erklären, wo unsere Sparmassnahmen sind. Wenn es nicht mehr reicht, geht man auf die Steuerzahler los. Die Steuern reichen nicht mehr, wir müssen den Steuerfuss hochsetzen. Wollen wir CHF 600'000 oder noch mehr zum Fenster rauswerfen? Wie viele Familien haben mit ihrem Zahltag zu kämpfen, um über die Runden zu kommen? Der Gemeinderat will mit anderen Geldbeuteln so fuhrwerken. Nein, so geht es nicht mehr weiter. Schaut Euch gegenseitig an und sagt der Gemeindeversammlung, wie glaubwürdig Ihr noch seid.

Änderungsantrag Hans Jenny

Ich stelle heute den folgenden Antrag: Sollte der Streichungsantrag der FDP zur flächendeckenden Tempo-30-Zone nicht angenommen werden, fordere ich, dass die Bahnhofstrasse Ennenda und der Kirchweg Ennenda samt der Kreuzung «Kirchweg/Bahnhof-/Post-/Abläsch-/Ennetbühlerstrasse» aus dem Massnahmenpaket herausgenommen werden, was bauliche Massnahmen wie «Einengungen oder künstliche Hindernisse» betrifft. Diese Regelung soll bis zur Umsetzung der Erschliessung Glarus Süd im sogenannten «Leimen» gelten.

Ich komme zur Begründung: Die genannten Verkehrswege im Herzen von Ennenda sind die Hauptachsen, die die Industriezone «Ennenda Süd» erschliessen, in der derzeit mehr als 600 Arbeitsplätze vorhanden sind.

Für diese Arbeitsplätze werden Rohstoffe und Werkstoffe aus verschiedenen Bereichen wie Lebensmittelproduktion, Baugewerbe und vielen anderen Industriezweigen benötigt. Das Material wird überwiegend mit grossen, schweren und für die ohnehin schon engen Verhältnisse breiten Fahrzeugen angeliefert. Nach der Verarbeitung müssen diese Produkte wieder abgeführt werden. Derzeit finden im Bereich «Mühlefuhr» Bauarbeiten statt, bei denen nach Abschluss auf eine weitere Schaffung von Arbeitsplätzen zu hoffen ist. Sollten wir in diesem Zusammenhang zusätzliche bauliche Massnahmen zur Verkehrsberuhigung treffen, würde dies unbeabsichtigt den Verkehr gefährlicher machen, als er bereits ist. Es ist zu befürchten, dass durch diese Massnahmen nicht nur der Verkehrsfluss gestört wird. Denken wir nur einmal an den Donnerstag vor einer Woche: auch eine Schneeräumung wird nicht wahnsinnig interessanter, sondern bedeutet auch für den Steuerzahler unnötige Kosten. Diese Entscheidung betrifft nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner von Ennenda, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der restlichen Weiler und die Stadt-Glarner, wenn wir dort draussen wichtige Steuerzahler mit solch unnötigen Massnahmen vergraulen.

Der Vorsitzende

Wir müssten wissen, welche Strassen es betrifft, wo Du keine Tempo-30-Zone möchtest.

(Der Antragsteller antwortet darauf.)

So kann man nicht vorgehen im Falle der Ablehnung des Antrags der FDP, sondern wir werden zunächst den Antrag bereinigen. Was Du beantragt hast, ist eine Anpassung des Antrags des Gemeinderats. Den werden wir dann dem Ablehnungsantrag der FDP gegenüberstellen.

Votum Werner Kälin

Ich beantrage im Namen der SP, der Verkehrsberuhigung und dem Verpflichtungskredit von CHF 680'000 zuzustimmen.

Seit zehn Jahren arbeitet die Gemeinde an der Verkehrsberuhigung. Machen wir das jetzt nicht fertig, wird es später noch teurer und im schlimmsten Fall abgelehnt. Wir würden also das Geld hinter der ganzen Arbeit dieser zehn Jahre auf die Strasse werfen. Besonders wirtschaftlich ist das nicht. Die Gemeindeversammlung hat sich mehrmals für die Verkehrsberuhigung ausgesprochen. Legen wir das jetzt auf Eis oder setzen das sogar in den Sand und lassen die einen Dörfer und Quartiere im Stich, während andere bevorzugt sind?

Es gibt noch mehr Gründe für die Verkehrsberuhigung. Ich verschone Sie davor, stelle aber noch einen Eventualantrag: Lehnt die Gemeindeversammlung die Verkehrsberuhigung insgesamt ab, soll sie heute Abend separat über die Umsetzung der Zone Ennenda und den Verpflichtungskredit von CHF 123'000 entscheiden.

Ennenda hat die Verkehrsberuhigung endlich verdient, nicht zuletzt als eine der 50 schönsten Ortschaften der Schweiz und auch weil es einen Spaziergang wert ist für viele Menschen aus anderen Ortsteilen.

Rückweisungsantrag Urs Leuzinger

Ich beantrage Zurückweisung von Traktandum 3 über den Verpflichtungskredit von CHF 680'000 und ersuche den Gemeinderat, eine kleinere vernünftige und kostengünstige Version auszuarbeiten.

Gründe: Die finanzielle Situation der Gemeinde lässt es nicht zu, diesen grossen Budgetposten für die Tempo-30-Zonen auszugeben. Der Gemeinderat hat schon im Budget-Traktandum bei genauem Lesen ein Defizit von über CHF 5 Mio. ausgewiesen. Das sind zum Beispiel diverse Boden- und Liegenschaftsverkäufe, Steuererhöhung von 3 %, Entnahme aus dem Reservefonds und andere weitere Posten. Diese Vorlage ist überrissen und nicht vertretbar mit den jetzigen Gemeindefinanzen und den örtlichen Gegebenheiten. Ich denke, man kann in einem kleineren Rahmen Tempo-30-Zonen einführen, aber nur dort, wo es wirklich Sinn macht, und nicht in allen Gassen sinnlos hunderte Tafeln aufstellen.

So hat es z. B. in Netstal in den letzten Jahren einen richtiggehenden Tafel-Marathon gegeben.

Ich weiss nicht, ob es das auswärtige Ingenieurbüro ist, das mit Hilfe von erhaltenen Dorfplänen irgendwelche Tempo-30-Zonen einzeichnet und einplant, wahrscheinlich ohne auch nur einmal vor Ort einen Augenschein der Situationen in den Quartieren zu nehmen oder zu Fuss, mit einem Velo oder mit dem Auto durchzufahren.

Im Memorial steht, dass Tempo-30-Zonen nur in Strassen mit Durchgangsverkehr eingesetzt werden. Ich kenne aber in Netstal ganz andere Regeln. Ich bin ein wenig durch das Dorf gelaufen und habe mir ein paar Sachen notiert. Es hat östlich der Hauptstrasse entlang auf 600 Meter Länge 11 Tempo-30-Zonen-Tafeln.

Bei der alten Post hat es zwei Tafeln an der Ecke zur katholischen Kirche montiert: eine zum Rein-fahren und eine zum Rausfahren. Ich weiss nicht, warum es dort zwei Tafeln braucht, in einem Durchgang, der 2 Meter breit ist.

Dasselbe ist bei der Postgasse: das ist eine Gasse, wie man schon sagt. Ich weiss nicht, was das Ingenieurbüro da ausgetüftelt hat. Es hat dort in dem Gässlein, höchstens 2 Meter breit, eine Tempo-30-Zone. Man müsste jedem den Führerschein entziehen, der dort mit Tempo 30 durchfährt.

Am Löntschweg gab es früher eine Tafel mit Auto-/Motorradverbot/Zubringerdienst gestattet. Heute stehen drei Tafeln dort: Ende Tempo-30-Zone, Parkverbot aufgehoben und Fahrverbot mit Zubringerdienst gestattet, und das bei einer Strasse von 150 Metern.

Beim Büelhof ist eine Sackgasse. Da hat es vorne bei der Hauptstrasse eine Tafel für Sackgasse mit dem Zusatz "kein Wendeplatz". Wenn ich in die Strasse hineinschaue, steht nach 50 Metern ein Haus. Man kann dort hinten weder drehen, noch ist es eine Durchgangsstrasse. Wieso man wegen 50 Metern eine Tempo-30-Zonen-Tafel macht, weiss ich nicht.

Im Goldigen oben verstehe ich die 30er-Tafel noch, aber beim Schwimmbad unten ist schon wieder eine. Wieso hat man nicht eine ein bisschen weiter oben gemacht? Dann hätte man 50 % Kosten-reduktion gehabt.

Im Langenacker ist eine Tempo-30-Zone. Ich bin dort aufgewachsen. Die schmalste Stelle im Stützli oben ist etwa 1.90 Meter breit. Ich weiss nicht, wer dort mit Tempo 30 lang fährt.

Etwas zur Sicherheit, worüber auch immer vom Gemeinderat geredet wird: Jetzt ist die Linthbrücke wieder geöffnet. Ich konnte nirgends etwas davon lesen, dass der Gemeinderat eine Einsprache gemacht hat zur vom Regierungsrat beschlossenen Wiedereröffnung. Jetzt sind wieder Bewohner von zwölf Quartieren mit übermässigem Feierabendverkehr auf der Mattstrasse konfrontiert. Zum Teil hat es Kolonnen, denn wenn einer runterfährt, fahren zehn hinterher. Es hat Lastwagen, die die Abkürzung nehmen, und das Postauto, das da entlangfahren muss. Die Kinder werden auf dem Heimweg von der Schule mit mehr Verkehr konfrontiert. Wenn die Leute zum Fussball gehen, in die "Jugi" oder ins Schwimmbad sind einfach wieder mehr Gefahren da, und das alles ohne Trot-toir.

Eine Tempo-30-Zone gibt nicht weniger Verkehr, das ist einfach so. So, denke ich, könnte man in viel kleinerem Rahmen Tempo-30-Zonen einführen, statt wegen 50 Metern Tafeln aufzustellen. Dann muss auch noch einer diese putzen, dafür muss man einen Gemeindemitarbeiter anstellen. Aus all diesen Gründen beantrage ich Rückweisung von Traktandum 3 und dem Verpflichtungs-kredit und ersuche den Gemeinderat, nochmals über die Bücher zu gehen.

Votum Heinrich Hösli

Mir wurde ein Zettel in den Briefkasten geworfen, dass man das Traktandum unbedingt annehmen solle. Ich bin gar nicht dieser Meinung: Vor etwa 13-14 Jahren, noch in der alten Gemeinde En-nenda, hatten wir dieses Thema auch, aus derselben Küche. Damals haben wir es abgelehnt. Und es ist heute nicht anders. Schreibt das Thema ab und betrachtet es als erledigt. Es hat genügend Quartiere, wo ein Normaler nicht mehr als mit Tempo 30 fahren kann. Wenn das jemandem nicht einleuchtet, muss man die Polizei orientieren. Ich bin wahrscheinlich in der breitesten Strasse zu Hause, die es im ganzen Kanton gibt, in der Villastrasse. Dort kann auf jeder Seite jemand parkie-ren und man kann sich immer noch kreuzen. Dort hat es manchmal auch welche, die zu schnell fahren, aber dann muss man die Polizei informieren, damit sie Messgeräte aufstellt. Dann wird es besser.

Votum Franziska Wang Kreis

Zu meinem Vorredner, der sich gefragt hat, warum wir all diese Tafeln brauchen, die uns sagen, dass hier eine Sackgasse ist, dass man hier nicht wenden darf, dass hier Tempo 30 ist, dass es zu schmal ist und weiss nicht was: es gibt eine ganz einfache Erklärung, und zwar sind wir alle zu blöd, um unser Verkehrsverhalten an die Situationen anzupassen. Deswegen brauchen wir solche Tafeln, die wahnsinnig viel Geld kosten. Ich gehe mit ihm überein, dass wir nicht weniger Verkehr haben, wenn wir mit Tempo 30 fahren. Auch dort sind wir zu dumm, indem wir sagen, dass wir für alles das Auto nehmen müssen. Für jede Gasse nehmen wir das Auto statt des Fahrrads. Das muss ich jetzt schnell loswerden. Ich habe keinen Antrag, es ist einfach eine Reaktion auf ein Votum.

Der Vorsitzende

Ich werte dies als Antrag, der den Antrag von Werner Kälin unterstützt.

(Es wird bestätigt, dass der Antrag des Gemeinderats unterstützt wird.)

Wenn das in Ordnung ist, würden wir noch einen Redner nehmen und dann dem zuständigen Gemeinderat das Wort übergeben.

(Es melden sich noch zwei Redner.)

Wenn Sie sich kurzfassen, ist das völlig in Ordnung.

Votum Mathias Vögeli

Ich bin in Ennetbühl zu Hause an der Ennetbühlerstrasse. Dort hatten wir das Glück, vor etwa fünf Jahren Tempo 30 zu erhalten. Wir haben uns gefreut. Man hat dort schön hingemalt: «Achtung Schule». Es ist ein Schulweg und ein Kindergarten dort. Da dachten wir, dass jetzt das Tempo gedrosselt wird. Ich kann Euch sagen, dass ich denjenigen, der dies geplant hat, nicht verstehe. Nach uns – wir sind etwa das zweitletzte Haus – können sie nochmals Gas geben, und zwar mit Tempo 50 oder 60 müssen sie auf die Kreuzung zufahren, wo fünf Einmündungen sind. Wozu hebt man die Tempo-30-Zone dort wieder auf? Das begreife ich nicht.

Den Fussgängerstreifen, von dem die Kinder im Kindergarten jedes Jahr gelernt haben, wie man ihn quert, hat man aufgehoben. Den brauche es nicht mehr. Nun bin ich letzts beim Sonnegg gewesen, wo auch Tempo 30 ist; dort ist ein Fussgängerstreifen. Man ist einfach nicht konsequent. Dann haben wir ein paar Mal bei der Polizei nachgefragt, ob sie auch einmal eine Kontrolle mache. Ich kann Euch sagen, dass die Hälfte zu schnell fährt und den Führerschein garantiert entzogen kriegen würden, denn es braucht nicht viel in der Tempo-30-Zone. Also bei Tempo 42 oder 43 gibt man den Führerschein ab. Die Polizei hat andere Aufgaben, die müsste dann überall die Tempo-30-Zonen kontrollieren, da sich sonst viele einfach den Buckel voll lachen, denn wofür auch, sie wollen möglichst rasch zum Mittagessen. Und wenn Rushhour ist: ich begreife die Polizei, denn sie hat gar nicht die Zeit für Derartiges. Und wenn wir überall noch mehr Tempo-30-Zonen einführen, muss sie dann überall die Kontrollen machen? Ich bin kein Fan davon, Bussen verteilen zu müssen. Man hat schnell eine. Ich stelle einfach den Antrag, die CHF 680'000 abzulehnen, denn Ihr habt noch das Oberdorf drin. Wie kann man im Oberdorf in Ennenda Tempo 30 fahren? Ich kann dort nicht einmal Tempo 15 fahren, sonst schaffe ich die Kurven gar nicht.

In der Bahnhofstrasse in Ennenda kann ich, wenn ein Lastwagen entgegenkommt, diesen mit dem Auto nicht kreuzen, sondern muss warten. Dort will man noch mehr verengen, obwohl dort schon genügend verengt wurde. Jetzt reicht es. Ich hoffe, Ihr lehnt das ab.

Votum Anton Hüppi

Ich habe eigenartige Voten gehört. Es geht erstens ums Geld und zweitens um Tafeln, nämlich, dass es viel zu viele gebe, aber das stimmt gar nicht, es gibt weniger. Und dann gibt es alles durcheinander. Aber niemand denkt an diejenigen, die an einer solchen Strasse wohnen. Ich wohne an der Bahnhofstrasse Ennenda. Ich kann Euch sagen, was dort passiert, nicht gerade jede

Nacht, aber sicher einmal im Monat: sie rasen nachts um zwei Uhr, sicher nicht mit Tempo 50, sondern eher mit Tempo 70, und lassen noch dreimal den Auspuff knallen. Ungefähr beim dritten Mal wacht man auf und denkt sich, was das wieder für einer war. Man hofft nur, dass er in der nächsten Nacht Kopfschmerzen kriegt. Ich will eigentlich, dass Ihr das Votum annehmt. Es ist Geld, aber, dass es mehr Tafeln gibt, stimmt einfach nicht, und sonst kann Euch noch jemand erklären, warum es weniger Tafeln gibt. Ich danke demjenigen, der im Jahr 2022 gesagt hat, dass man es ablehnen soll, und ich war auch froh, dass man es abgelehnt hat, da zwischenzeitlich ganz andere Vorschriften entstanden sind, wonach man im Dorf mehr Tempo 30 machen kann und es eben auch nicht mehr so viele Tafeln braucht. Es stimmt, dass wir genügend Tafeln in Glarus haben, aber warum? Hier darf man eine Stunde parkieren, dort darf man drei Stunden parkieren, dort darf man überhaupt nicht parkieren. Es hat wunderbare Tafeln dort und es wäre vielleicht auch einfacher gegangen, aber ich kann auch nicht sagen, warum. Aber zu diesem Votum mit der Tempo-30-Zone kann ich Euch sagen, dass es das Schlaueste ist, was Ihr machen könnt. Das Geld, das Ihr jetzt ausbebt, müsst Ihr nachher nicht mehr ausgeben. In ein paar Jahren müsst Ihr es ausgeben, weil es gar nicht mehr anders geht.

Schlussvotum Hans Peter Spälti, Departementsvorsteher Bau und Versorgung

Ich versuche, dies möglichst zusammengefasst zu machen. Die Emotionen sind deutlich geworden. Die Absicht, Tempo 30 zu machen, reicht zurück bis zur Verabschiedung der Raumplanung des Richtplans der Gemeinde vor über zehn Jahren. Dort hat man eigentlich das Bekenntnis abgegeben, dass man eben genau diese Verkehrsberuhigungsmassnahmen machen möchte. Es gab dann eine erste Phase, was erwähnt wurde. Es war anfangs geplant, das Ganze in drei oder vier Etappen zu realisieren. Als ich Gemeinderat werden durfte, habe ich gesagt, dass das jedes Mal so emotional ist, weshalb ich den ganzen Rest in einer zweiten Etappe über das ganze Gemeindegebiet zu legen versucht habe. Das haben wir gemacht und Ihnen vorgelegt. Dann hat Jakob Hösli einen Rückweisungsantrag gestellt und gesagt, dass wir, wenn schon, dann ein flächendeckendes Tempo-30-Regime machen sollen. Das haben wir entgegengenommen, weil Sie dies so wollten. Sie haben damals vor zwei Jahren gesagt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Tempo 30 wollen. In der Zwischenzeit haben wir dies ausgearbeitet. Es ist sicher nicht so, dass wir Freude daran haben, viele Tafeln aufzustellen. Am Anfang mussten wir mit der Verkehrspolizei respektive mit dem Kanton klären, auf welchen dieser Strassen, die Jakob Hösli beantragt hat, wir überhaupt Tempo 30 einführen dürfen, da diese Strassen gar nicht uns, sondern dem Kanton gehören. Das haben wir gemacht, u.a. eben den Kirchweg, den Hans Jenny erwähnt hat, ein Teil der Molli-serstrasse usw. Es waren ein paar Strassen, die hierunter gefallen sind. Das haben wir alles zusammengefasst. Wir haben peinlichst darauf geachtet, nur das zu machen, was wir effektiv müssen, damit wir letztlich von der Verkehrspolizei auch eine Bewilligung erhalten. Das Resultat davon ist, dass wir etwa CHF 160'000 oder 180'000 tiefer sind als damals, plus/minus 20 % – Sie hören den Unterschied. Im Unterschied zu denjenigen, die vorher gesagt haben, dass man es dann aufrechnet, rechne ich es runter; dann sind wir irgendwo bei CHF 544'000. Das ist jetzt relativ schwierig zu beurteilen, ob es hoch- oder runtergeht. Jedenfalls geht es nicht weiter hoch als das, was wir Ihnen beantragt haben. Die Absicht ist also klar. Jetzt sind wir wie zu Hause auf dem Sofa in der Halbzeit eines Fussballspiels. Nach der Pause kommt der Schiedsrichter und sagt, dass die Regeln jetzt anders sind. Diejenigen Ortsteile unserer schönen Gemeinde, die das Glück hatten, in der ersten Etappe die Umsetzung mitzuerleben, können sagen «super». Deswegen gibt es dann auch Eventualanträge, die sagen: «wenn Ihr es ablehnt, macht es zumindest bitte in Ennenda». Das finde ich sehr problematisch. Ich finde, es ist legitim, wenn sich einzelne Ortsteile wehren, aber wir müssen ja für das Ganze schauen. Ich glaube, es wäre nicht ehrlich und auch nicht fair, wenn man jetzt einzelne Ortsteile nicht berücksichtigt – denn: es ist das Geld, es hat zu viele Tafeln, es funktioniert sowieso nicht, man kann *(aufgrund der Strassengegebenheiten)* gar nicht Tempo 50 fahren. Aber man redet immer nur von Autos, es gibt aber auch Motorräder, die sehr wohl so schnell fahren. Da, wo man diese Untersuchungen machen und den Verkehr erheben musste, würde man noch staunen, wie schnell man in diesen Strassen fährt. Da haben selbst wir gestaunt. Die Konzeptionen, die es gibt, sind überall dieselben in der ganzen Schweiz. Es hat Vereinfachungen gegeben, das stimmt: in allen Strassen, die nicht verkehrsorientiert sind, hat man die Massnahmen, die Untersuchungen usw. nicht mehr machen müssen, nur noch in den verkehrsorientierten Strassen. Das haben wir gemacht und das liegt alles auf dem Tisch. Wir können auf dieser Basis davon ausgehen, dass wir von der Kantonspolizei zu diesem Konzept Zustimmung erhalten. Ich kann Sie

beruhigen: Wir haben peinlichst darauf geachtet, dass genau über den Kirchweg am Bahnhof vorbei keine Massnahmen gemacht werden.

(Es gibt einen Zwischenruf aus der Versammlung.)

Es gibt keine Massnahmen. Ich habe gesagt, Ihr könnt beim besten Willen nicht vom Kirchweg dort noch irgendeine Massnahme machen. Es gibt keine solche Massnahmen. Wenn es an einer verkehrsorientierten Strasse einmal nötig sein müsste – denn wir müssen dann Nachmessungen machen –, dann könnte es sein, dass es eine Massnahme braucht, aber dort hinaus ist ganz klar, dass es nicht geht. Wenn man dort mit einem Personenwagen kommt und einen Lastwagen kreuzen muss, ist das schwierig. Von daher haben wir peinlichst darauf geachtet. Die Polizei ist einverstanden. Ich glaube, wir haben eine gute Grundlage, um die zweite Etappe jetzt zu machen. Wir haben darauf geachtet, dass wir möglichst dorthin kommen, wo man es vertreten kann, eine zweite Etappe umzusetzen. Deshalb schliesse ich hier. Sie haben sich Ihre Meinung sicher bilden können. Ich habe versucht, Ihnen das auf einer sachlichen Ebene darzulegen, was wir gemacht haben, und dass wir eigentlich eine Gemeinschaft sind von vier Ortsteilen und nicht von zweien, wo jetzt schon etwas gemacht ist, so dass die anderen jetzt einfach in die Röhre schauen. Ich glaube nicht, dass das für den sozialen Frieden und für den Frieden untereinander förderlich wäre. Deshalb beantrage ich Ihnen, dass Sie dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Der Vorsitzende

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir haben einen Rückweisungsantrag von Urs Leuzinger, den ich vorausnehme. Das heisst, dass wir jetzt entscheiden, ob wir zurückweisen oder heute entscheiden.

Ich nehme den Antrag des Gemeinderats und verschiedener Votanten voraus, dass wir heute Abend entscheiden sollen.

(Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr, wir entscheiden.

Dann bereinigen wir jetzt die Vorlage.

Wir haben einerseits den Antrag von Hans Jenny, der will, dass in einer allfälligen Tempo-30-Zone die Bahnhofstrasse Ennenda, der Kirchweg Ennenda samt Kreuzung Kirchweg, Bahnhof, Post, Abläsch, Ennetbühlerstrasse aus dem Massnahmenpaket rausgenommen werden. Das ist der eine Antrag.

Wir haben auch einen Eventualantrag von Werner Kälin, der sagt, dass in jedem Fall Ennenda komplett gemacht werden soll.

Ich stelle diese beiden Anträge einander gegenüber.

Dass nur Ennenda gemacht werden soll, wäre der Eventualantrag, wenn das ganze Geschäft scheitern sollte.

Ich stelle diese beiden Anträge einander gegenüber. Den obsiegenden werde ich bereinigen und dem Gemeinderatsantrag gegenüberstellen. Dann entscheiden wir über Annahme oder Ablehnung, wie die FDP beantragt hat.

Wir bereinigen: Ich stelle den Änderungsantrag von Herrn Jenny, der die genannten Strassen aus dem Tempo 30 rausnehmen will, dem Antrag von Werner Kälin, dass man allenfalls nur Ennenda machen soll, gegenüber.

(Der Antrag von Herrn Jenny wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Sie haben mit 229 zu 105 Stimmen dem Antrag von Hans Jenny zugestimmt, die genannten Strassen aus dem Tempo 30 rauszunehmen. Der Antrag von Werner Kälin ist damit ausgeschieden.

Ich stelle jetzt den Antrag von Hans Jenny, die entsprechenden Strassen rauszunehmen, dem Gemeinderatsantrag, flächendeckend, soweit es möglich ist, Tempo 30 einzuführen, gegenüber. Den obsiegenden der beiden Anträge stelle ich dem Ablehnungsantrag gegenüber.

Sind Sie damit einverstanden?

(Die Gemeindeversammlung stimmt stillschweigend zu. Der Gemeinderatsantrag wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Sie sind mit 223 zu 182 Stimmen dem Antrag von Hans Jenny gefolgt, die entsprechenden Strassen rauszunehmen.

Damit hätten wir den Antrag bereinigt. Jetzt ist noch der Ablehnungsantrag der FDP. Ich nehme den bereinigten Antrag voraus, nämlich Tempo 30 einzuführen mit Ausnahme der genannten Strassen, und stelle ihn dem Antrag von Roland Goethe namens der FDP, unterstützt von Peter Käslin, von den beiden Heinrich Höslis, und Mathias Vögeli, gegenüber.

(Es wird abgestimmt. Auch hier lässt der Vorsitzende auszählen, woraufhin es Protestrufe gibt.)

Lassen Sie mich das kurz erklären: Erstens ist für mich auch mehr oder weniger klar gewesen, wo die Mehrheit liegt, aber es macht durchaus Sinn, ab und zu mal auszählen zu lassen, um genau zu wissen, wie die Stimmenverhältnisse sind. Es gibt keinen Grund, sich darüber aufzuregen. Zweitens hat sich gezeigt, dass für die einen vielleicht nicht klar war, welche Frage jetzt gestellt wurde. Deshalb wird es nun nochmals wiederholt. Ich bitte Sie zuzuhören und dann zählen wir aus.

(Der Antrag von Herrn Jenny wird vorausgenommen. Es wird erneut abgestimmt.)

Sie haben mit 288 zu 151 Stimmen abgelehnt.

Die Gemeindeversammlung lehnt die Vorlage ab.

Traktandum 4

Gemeindehaus und Gesellschaftshaus Ennenda: Anschluss an Wärmeverbund; Verpflichtungskredit von CHF 360'000

Wir stützen uns bei diesem Geschäft auf die Seiten 9 bis 11 im Memorial.

Die Holzschnitzanlage des Gesellschaftshauses aus dem Jahr 1997 darf nicht mehr betrieben werden. Der Gemeinderat möchte deshalb das Gesellschaftshaus und das Gemeindehaus an den Wärmeverbund Ennenda anschliessen. Der Anschluss wird so realisiert, dass das Gemeindehaus und das Gesellschaftshaus unabhängig voneinander beheizt werden können, für den Fall, dass die Gemeinde einmal beabsichtigt, das Gesellschaftshaus zu verkaufen. Alternative Lösungen wie eine neue Schnitzanlage für das Gesellschaftshaus oder der Einsatz einer Wärmepumpe wurden geprüft und als weniger wirtschaftlich beurteilt. Die gesamte Investition beläuft sich auf CHF 360'000 abzüglich einem Beitrag von CHF 40'000 aus dem Energiefonds. Wie Sie vielleicht festgestellt haben, wird in der Umgebung des Gemeindehauses Ennenda bereits fleissig gegraben. Das hat damit zu tun, dass die Technischen Betriebe Glarus die Poststrasse und Neubad mit Wärmeverbundanschlüssen ausrüsten. Dabei haben sie lediglich auf eigene Rechnung ein kurzes Anschlussstück Richtung Gemeindehaus eingebracht, für den Fall, dass die Gemeinde dann ebenfalls anschliessen würde.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für den Anschluss des Gemeindehauses Ennenda und des Gesellschaftshauses Ennenda an den Wärmeverbund Ennenda der Technischen Betriebe Glarus und die damit verbundenen notwendigen Anpassungen der Heiz- und Sanitärinstallationen in beiden Gebäuden wird ein Verpflichtungskredit von CHF 360'000 genehmigt.
Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Preisbasis: Baupreisindex Stand April 2024).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat positiv Stellung genommen zum Antrag des Gemeinderats. Sie finden die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission auf Seite 11 des Memorials.

Beratung des Geschäfts

Das Wort zum Antrag ist frei.

Das Wort wird nicht verlangt.

Für den Anschluss des Gemeindehauses Ennenda und des Gesellschaftshauses Ennenda an den Wärmeverbund Ennenda der Technischen Betriebe Glarus und die damit verbunden notwendigen Anpassungen der Heiz- und Sanitärinstallationen in beiden Gebäuden wird ein Verpflichtungskredit von CHF 360'000 genehmigt.

Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Preisbasis: Baupreisindex Stand April 2024).

Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Traktandum 5

Sanierung der Alp Hinter Schlatt: Verpflichtungskredit von CHF 300'000

Wir stützen uns bei diesem Geschäft auf die Ausführungen auf den Seiten 12 bis 14 im Memorial. Die Alpwirtschaft prägt die Schweizer Kulturlandschaft, auch die im Glarnerland. Sie ist touristisch wichtig, sie hat eine Funktion als Naherholungsgebiet und, wenn sie richtig betrieben, ist sie wichtig zum Erhalt der Artenvielfalt und ein wichtiges Standbein der Glarner Landwirtschaft. Die Erhaltung kostet etwas, dessen ist sich der Gemeinderat bewusst, aber wir müssen uns auch hier nach der Decke strecken. Sanierungsprojekte werden bereits jetzt und auch in Zukunft noch viel genauer angeschaut. Auf der Alp Hinter Schlatt werden im Jahr 2024 die Bereiche Trinkwasser und Hygiene in Ordnung gebracht. Im nächsten Jahr braucht es noch die Investitionen zur Einhaltung der Gewässerschutzvorschriften, insbesondere betrifft dies Gölle im Unter- und Oberstafel. Dafür ist ein Kredit von CHF 300'000 vorgesehen. Damit wird dann die Sanierung der Alp Hinter Schlatt abgeschlossen sein. 20% von dem Kredit sind durch Subventionen von Bund und Kanton gedeckt.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für die verbleibende bauliche Sanierung der Alp Hinter Schlatt wird ein Verpflichtungskredit von CHF 300'000 genehmigt.
Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Preisbasis: Baupreisindex Stand April 2024).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Geschäftsprüfungskommission beurteilt das Geschäft ebenfalls als positiv. Sie finden die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission auf Seite 14 des Memorials.

Beratung des Geschäfts

Das Wort zum Antrag ist frei.

Das Wort wird nicht verlangt.

Für die verbleibende bauliche Sanierung der Alp Hinter Schlatt wird ein Verpflichtungskredit von CHF 300'000 genehmigt.
Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung (Preisbasis: Baupreisindex Stand April 2024).

Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Traktandum 6

Gemeindeentwicklung: Betriebsbeiträge an den Verein Glarus Service für die Jahre 2025 bis 2027; Verpflichtungskredit von CHF 540'000

Dieses Geschäft ist im Memorial auf den Seiten 15 bis 19 beschrieben.

Detailhandel und Gastronomie sind unter Druck. Sie können nur noch an attraktiven Standorten überleben, sind aber ein wichtiger Faktor für Lebens- und Wohnqualität. Seit Jahren bemüht sich Glarus um qualitative Frequenzen, damit sich Kunden und Gäste hier aufhalten. Wenn Glarus lebt, wird auch der Wohnraum von Glarus aufgewertet und Glarus wird und bleibt attraktiv für Steuerzahler. Von einem lebenswerten Zentrum profitieren auch die anderen Dorfteile.

Bis zum Jahr 2022 hat die Gemeinde viele Aufgaben zur Attraktivitätssteigerung selbst wahrgenommen. Ab dem Jahr 2022 hat man einen grossen Teil an Glarus Service übertragen. Es brauchte etwas Zeit, bis man sich gefunden hatte, aber die Erfahrungen sind positiv. Wir hören dies von Detaillisten, und man hört sogar, dass eine gewisse Aufbruchsstimmung herrsche. Wir wollen diesen Schwung nutzen, die engagierten Mitarbeitenden von Glarus Service unterstützen und in diesem Sinne die Leistungsvereinbarung über drei Jahre abschliessen und den erfolgreichen Kurs, wie wir das beurteilen, fortsetzen. Die Geschäftsprüfungskommission sieht das auch so, möchte aber, dass man nach diesen drei Jahren einen Wirksamkeitsbericht vorlegt. Damit rennt sie offene Türen ein – der Gemeinderat hätte das ohnehin gemacht und ist selbstverständlich damit einverstanden, dass man dies auch in den Antrag reinschreibt. Entsprechend haben wir den Antrag angepasst mit der zusätzlichen Ziffer 3, die Sie nicht im Memorial finden. Wir glauben, dass damit auch entsprechend die Kontrolle gewährleistet ist.

Antrag des Gemeinderats an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Als Betriebsbeitrag für die Jahre 2025 bis 2027 zugunsten des Vereins Glarus Service wird ein Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 540'000 (jährlich CHF 180'000) genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug, insbesondere dem Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen dem Verein Glarus Service und der Gemeinde Glarus, beauftragt.
3. Der Gemeinderat hat der Gemeindeversammlung anlässlich einer allfälligen Antragstellung für Betriebsbeiträge an den Verein Glarus Service ab dem Jahr 2028, jedenfalls aber nach Ablauf des Verpflichtungskredits, Bericht über die Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel zu erstatten.

Sie finden die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission auf Seite 19 des Memorials.

Beratung des Geschäfts

Das Wort zu diesem Geschäft ist frei.

Änderungsantrag Severin Thoma

Im Namen der FDP beantrage ich Ihnen, den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 540'000 für die Betriebsbeiträge an den Verein Glarus Service zu genehmigen. Zusätzlich beantragen wir, den Antrag des Gemeinderats wie folgt zu ergänzen:

3. Der Gemeinderat publiziert jährlich einen Bericht über die eingesetzten Mittel.

Da auch die Geschäftsprüfungskommission – mit Blick auf die Grundsätze von der Haushaltsführung – im Jahr 2027 einen ausführlichen Wirksamkeitsbericht verlangt, erachtet es die FDP als wichtig und richtig, dass der Gemeinderat jährlich einen Bericht publiziert, der darüber Auskunft gibt, für welche Massnahmen welche Mittel eingesetzt worden sind. Für die FDP ist es zentral, dass der Verein Glarus Service als Partner der Gemeinde bei der Förderung von Detailhandel,

Gewerbe und Kultur auf dem gesamten Gebiet auch nach dem Pilotprojekt seine Arbeit fortsetzen kann.

Wir wollen den Verein Glarus Service dabei unterstützen, dass er jährlich aufzeigen kann, welche Massnahmen erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Der Vorsitzende

Kann ich das so verstehen, dass der Bericht im Sinne eines Abänderungsantrags des Antrags der Geschäftsprüfungskommission jährlich erfolgen soll?

(Es wird erklärt, dass dies ergänzend sein soll.)

Das Wort ist weiter frei.

Dieses wird nicht verlangt.

Für dieses Geschäft bin ich im Gemeinderat zuständig. Ich bitte Sie, bei dem Antrag zu bleiben, wie er vorliegt. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich hierbei etwas überlegt. Ich gehe nicht davon aus, dass es hilfreich ist, wenn man so einen Bericht jährlich macht. So ein Bericht bedingt gewissen Aufwand und er soll sorgfältig gemacht werden. Jährlich findet auch eine Berichterstattung statt. Der Verein Glarus Service trifft sich mit der Gemeinde quartalsweise und einmal pro Jahr erstattet er Bericht über seine Aktivitäten. Diese Berichte sind auch öffentlich und einsehbar. Jeder, der will, kann diese Berichte sehen. Von daher sehen wir keinen Bedarf, noch einen zusätzlichen jährlichen Mitwirkungsbericht zu verlangen. In diesem Sinne möchte ich diesen Änderungsantrag ablehnen.

(Es erfolgt ein Einwand aus dem Plenum.)

Geht es um eine Berichterstattung des Vereins Glarus Service oder geht es um eine Beurteilung der Gemeinde über die Aktivitäten des Vereins Glarus Service?

Votum Roland Goethe

Wir haben ganz klar einen Antrag gemacht mit Punkt 4. Wir wünschen einen Bericht vom Gemeinderat oder vom Verein Glarus Service so, wie es der Gemeindepräsident vorhin gesagt hat, aber wir möchten dies schriftlich als Punkt 4 noch drin haben, dass wir auch wirklich jedes Jahr, sei es auf der Website des Vereins Glarus Service oder sei es auf der Website des Gemeinderats, einen jährlichen Bericht erhalten. Wir wollen nichts anderes, wir wollen eigentlich nur den Verein Glarus Service stützen und auffordern, dass er auch zeigen kann, was er alles gemacht hat, dass aber jeder Bürger und jede Bürgerin hier drin lesen kann, denn es ist uns ja wichtig, wenn wir schon Geld ausgeben – und für mich ist es sehr wichtig, dass wir dafür Geld ausgeben –, jedes Jahr zu sehen, wofür wir es ausgegeben haben.

Der Vorsitzende

Ich gehe zwar davon aus, dass der Verein Glarus Service ohnehin über seine jährlichen Aktivitäten Bericht erstattet, aber wir können selbstverständlich hierüber abstimmen.

Ich nehme den Antrag des Gemeinderats voraus, nämlich die Berichterstattung nach Abschluss dieser drei Jahre durch einen Wirksamkeitsbericht, und stelle gegenüber einen Punkt 4, dass zusätzlich der Verein Glarus Service jährlich über seine Aktivitäten berichten soll.

(Es wird abgestimmt. Auch hier lässt der Vorsitzende auszählen, woraufhin es Protestrufe gibt.)

Der Vorsitzende

Lassen Sie mich das kurz erklären: Erstens ist für mich auch mehr oder weniger klar gewesen, wo die Mehrheit liegt, aber es macht durchaus Sinn, ab und zu mal auszählen zu lassen, um genau zu wissen, wie die Stimmenverhältnisse sind. Es gibt keinen Grund, sich darüber aufzuregen. Zwei-

tens hat sich gezeigt, dass für die einen vielleicht nicht klar war, welche Frage jetzt gestellt wurde. Deshalb wird es nun nochmals wiederholt. Ich bitte Sie zuzuhören und dann zählen wir aus.

(Der Antrag von Herrn Jenny wird vorausgenommen. Es wird erneut abgestimmt.)

Sie haben sich mit 252 zu 187 Stimmen dazu entschieden, dass zusätzlich jährlich die Aktivitäten publiziert werden sollen.

Als Betriebsbeitrag für die Jahre 2025 bis 2027 zugunsten des Vereins Glarus Service wird ein Verpflichtungskredit von insgesamt CHF 540'000 (jährlich CHF 180'000) genehmigt.

Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug, insbesondere dem Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen dem Verein Glarus Service und der Gemeinde Glarus, beauftragt.

Der Gemeinderat publiziert jährlich einen Bericht über die eingesetzten Mittel.

Der Gemeinderat hat der Gemeindeversammlung anlässlich einer allfälligen Antragstellung für Betriebsbeiträge an den Verein Glarus Service ab dem Jahr 2028, jedenfalls aber nach Ablauf des Verpflichtungskredits, Bericht über die Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel zu erstatten.

Traktandum 7

Budget für das Jahr 2025

Die Erläuterungen finden Sie auf den Seiten 20 bis 45 im Memorial.

Wir legen Ihnen ein ausgeglichenes Budget vor, aber wir legen auch auf den Tisch, dass die finanzielle Situation schlecht ist. Das ist keine Überraschung, davon habe ich Ihnen schon an den letzten Gemeindeversammlungen berichtet. Ich habe Ihnen aber auch gesagt, dass wir die Finanzen bis voraussichtlich zum Jahr 2027, sicher aber bis zum Jahr 2028 wieder im Lot haben werden, durch Sparmassnahmen, aber auch durch Steuererhöhungen. Aktuell sind wir mitten im Prozess «Gesunde Gemeindefinanzen». Wir arbeiten 290 Sparvorschläge durch, haben zugeteilt, wer welche bearbeitet und gehen in die Umsetzung der «kleineren» Sparideen. Grösse Sparprojekte wird der Gemeinderat behandeln und ganz grosse gehen an die Gemeindeversammlung. Über den aktuellen Stand werden wir auf die Frühjahrsgemeindeversammlung im Detail informieren, damit Sie, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, den Überblick haben. Wir wollen intelligent sparen und nichts übers Knie brechen – wir wissen, dass wir Personal reduzieren müssen, aber auch hier gilt es, dies sozialverträglich zu tun, mit den Mitarbeitenden korrekt umzugehen und sicherzustellen, dass wir nicht die besten Leute verlieren. Das wäre schlecht für die Gemeinde, denn auch wir leiden unter dem Fachkräftemangel, und zudem ist es ein teurer Spass, Leute zu verlieren und dann die Stelle neu besetzen zu müssen.

Grundsätzlich hat die Gemeinde ein strukturelles Defizit von ca. CHF 4 Mio. Dieses müssen wir beseitigen, und wir brauchen mehr CashFlow, um unsere Investitionen zu finanzieren. Wir haben aber auch finanzpolitische Reserven von zur Zeit knapp CHF 20 Mio., die dazu eingesetzt werden können, um eine Lücke zu überbrücken, bis wir die Finanzen saniert haben. Der Gemeinderat sieht sich in der Verantwortung, braucht aber auch Ihr Vertrauen. Wir haben intern mehrere Sparrunden gedreht und beispielsweise die Investitionen um die Hälfte reduziert. Was nun im Budget vorliegt, ist noch kein Ergebnis des Projekts «Gesunde Gemeindefinanzen», aber es ist ein vernünftiges Budget. Ich bitte Sie deshalb, in der Detailberatung alle Abänderungsanträge abzulehnen. Es führt nicht zum Ziel, wenn wir hier über einzelne Positionen streiten – die einen streichen den anderen den Spielplatz, und als Retourkutsche wird eine Strassenbeleuchtung gestrichen. In solchen Detaildiskussionen können jeweils diejenigen mitreden, die direkt betroffen sind, aber das ist eben auch nicht immer sinnvoll. Der Gemeinderat nimmt den Sparauftrag ernst, und er wird Ihnen ein paar grosse Sparbrocken vorlegen, die dann intensiv an der Gemeindeversammlung diskutiert werden sollen. Das kommt im Jahr 2025 ganz bestimmt auf Sie zu.

Antrag an die Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Budget-Erfolgsrechnung 2025 wird genehmigt.
2. Die Budget-Investitionsrechnung 2025 wird genehmigt.
3. Vom integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 wird Kenntnis genommen.

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt nach ihrer Prüfung des Budgets 2025 diese Anträge. Sie finden die Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission auf Seite 29 des Memorials.

Für die Beratung schlage ich Ihnen vor, dass wir zunächst bei der Budget-Erfolgsrechnung 2025 ins Detail gehen. Sie finden die Budget-Erfolgsrechnung auf den Seiten 30 bis 39. Danach beraten wir die Investitionsrechnung auf den Seiten 40 bis 42. Am Ende werden wir das ganze Budget genehmigen. Nach Genehmigung des Budgets kommen wir dann zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan auf den Seiten 43 bis 45.

Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

(Die Gemeindeversammlung stimmt stillschweigend zu.)

Beratung

Wir kommen zur Beratung der Budget-Erfolgsrechnung auf den Seiten 30 bis 39. Ich stelle die Budget-Erfolgsrechnung abschnittsweise zur Diskussion. Antragsteller bitte ich um Angabe der Seite und der Position, damit wir den Antrag finden und auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen, worum es geht.

Das Wort zur Budget-Erfolgsrechnung ist frei.

Änderungsantrag Roland Goethe

Im Namen der FPD beantrage ich Ihnen, das Budget bei der Kostenart 302 (Total Löhne der Lehrkräfte), auf Seite 34 im Memorial, für das Jahr 2025 auf dem Stand des Vorjahrs bei CHF 14'327'760 zu belassen, und dies mit folgender Begründung:

Aufgrund der aktuellen, wieder äusserst angespannten Finanzlage der Gemeinde ist die FDP überzeugt, dass nicht zuerst mehr Geld budgetiert werden soll, sondern, wie das der Gemeindepräsident anlässlich der Gemeindeversammlung vom Herbst 2023 mitgeteilt hat, zuerst Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage eruiert und nach Möglichkeit umgesetzt werden sollen. Für die FDP ist diese Erhöhung des Budgets bei den Löhnen der Lehrkräfte um CHF 333'000 und die Zunahme der Lehrerstellvertretungen um CHF 124'000 im Vergleich zum Vorjahr nicht nachvollziehbar und gegen jede Logik, weshalb wir die Streichung auch beantragen. Als Sparmassnahme sieht die FDP z. B. die Klassengrössen anzupassen. Im Schnitt betragen diese Klassengrössen zur Zeit in Glarus 18,5 Schüler. Im Maximum dürften 24 Schüler pro Klasse beschult werden. Das könnte zu Einsparungen beitragen. Auch sollten die Löhne nicht oder nur marginal ausgebildeter Lehrpersonen überprüft werden. Wir erweisen unseren Schulen einen Bärendienst, wenn die Ausbildung der Lehrpersonen nicht genügend bei der Entlohnung berücksichtigt wird. Weniger ausgebildete Lehrpersonen verdienen annähernd gleich viel wie ausgebildete Lehrpersonen. Auch frisst die Organisation und Abstimmung bei vielen sogenannten Minipensen enorm Mittel, die dann wieder im Klassenzimmer fehlen. Zu überprüfen ist auch die deutliche Zunahme von Stellvertretungen und die damit deutlich höheren Kosten. Fehlende Planung und Weitsicht bei der Organisation der Schulen und dies trotz mehr Mitteleinsatz bei den Hauptschulleitern müssen korrigiert werden.

Darum beantragen wir Ihnen, beim Budget 2024 zu bleiben, und das sind viele Mittel, die effizienter, sorgfältiger und mehr im Schulzimmer eingesetzt werden müssen. Dann reichen auch diese Mittel für eine gute Bildung.

Der Vorsitzende

Ich nehme den Antrag so entgegen, obwohl die Klassen natürlich gebildet sind und die Arbeitsverträge mit den Lehrpersonen bis im Juli 2025 ohnehin laufen. Wir können sagen, es sei eine gebundene Ausgabe, aber wir akzeptieren den Antrag so und, wenn er angenommen wird, werden wir ihn nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen.

Rückweisungsantrag Jakob Hösli

Wir haben heute als ersten Redner eine Person gehört, die gesagt hat, dass sie das Traktandum 7 gegen Traktandum 3 austauschen möchte. Man hat ihn zurechtgewiesen und gesagt, das sei nicht möglich. Das ist tatsächlich so, das habe ich auch zur Kenntnis genommen, sonst hätte ich denselben Antrag in anderer Form gestellt. Weil das nicht möglich ist, stelle ich nun einen anderen Antrag, und zwar, dass man auf das Budget so, wie es vorliegt, gar nicht eintritt heute, sondern, dass man es zurückweist und dem Gemeinderat die Möglichkeit gibt, selbst das Budget so zu gestalten, dass es einigermassen ausgeglichen ist.

Wir können heute noch stundenlang über das Budget vom kommenden Jahr sprechen und das bringt wahrscheinlich nichts ausser einen Haufen Ärger. Und der Gemeindepräsident hat vorhin richtig gesagt oder gewünscht, dass man dem Gemeinderat vertrauen soll und der Gemeinderat schon weiss, was er macht. Deshalb bin ich der Meinung, dass es das Beste ist, das Budget zurückzuweisen, und der Gemeinderat überlegt sich, wie er sparen kann, damit man nachher möglicherweise mit einem tieferen Steuerfuss über die Runden kommt. Deshalb bitte ich Sie, sich Gedanken zu machen, ob man nicht das ganze Budget zurückweisen soll zur Überarbeitung durch

den Gemeinderat und dass er nochmals mit einem Budget kommt, das einigermaßen ausgeglichen ist.

Votum Danièle Enz

Ich war mein ganzes Leben lang Lehrerin und habe zuerst als Primarlehrerin gearbeitet. Ich habe mit 48 Jahren entschieden, ich werde jetzt noch Sekundarlehrerin, und habe jetzt im letzten Jahr aufgehört zu arbeiten. Ich hatte mein Leben lang mit der Schule zu tun und kenne mich dort gut aus. Ich höre immer wieder, dass es zu wenig Schüler in den Klassen habe. Die Zahlen, die wir eben gehört haben, entsprechen der Oberstufe, nicht der Primarstufe, in der Primarschule hat es mehr Schüler. Wir haben im Kanton Glarus im Gegensatz zum Kanton Zürich viel mehr Lehrer zu wenig, weil die Lehrerlöhne nicht die Höhe haben, die sie haben müssten, um konkurrieren zu können. Ich habe gesehen, dass die Lehrerlöhne im Kanton Glarus gestiegen sind, was uns wieder ein bisschen konkurrenzfähiger macht. Das Unterrichten – ich habe im Jahr 1984 angefangen zu unterrichten – ist schwieriger geworden, die Kinder sind schwieriger geworden, und ganz viele Kinder haben eine Zusatzbetreuung in den Klassen. Dies macht es auch nicht einfach. Ich fände es wirklich ganz schlecht, wenn wir gerade bei der Schule sparen würden, ist es doch im Moment dort gerade so schwierig. Es schadet unseren Kindern und es schadet der Bildung und der Allgemeinheit. Ich habe das jetzt natürlich nicht schriftlich vorbereitet. Ich rede aus dem Stegreif. Ich bitte Sie also, den Antrag von Herrn Goethe abzulehnen und nicht darauf einzugehen.

Der Vorsitzende

Ich möchte eine Regieanweisung geben, dass wir, damit der Überblick gewahrt wird, über diese Budgetposition diskutieren und dann zu allenfalls nächsten Budgetpositionen gehen. Also jetzt sprechen wir über den Antrag von Roland Goethe, FDP, bezüglich Lehrerlöhnen.

Votum Hannes Schnyder

Ich bin Primarlehrer von Netstal und ich bin empört, wenn ich höre, was hier gesagt wurde. Mir geht es hier nicht um den Lohn, aber das, was Sie bezüglich Klassengrössen gesagt haben. Wir Lehrer kämpfen für kleinere Klassen. Das ist uns wichtig, das ist Bildungsqualität. Der Gemeinderat stellt sich gegen die Strategie der Schulkommission, weil man sich an die Gemeinde Glarus Nord angleichen will in den Schülerzahlen. Wissen Sie, dass in der Gemeinde Glarus Nord die Schulhäuser ohne ausgebildete Lehrpersonen sind, weil sie davonlaufen? Das sind Zustände in der Gemeinde Glarus Nord mit 26er-Klassen, das ist nicht zumutbar und dagegen müssen wir uns wehren. Das ist ein Bildungsabbau, der auf Kosten der Kinder geschieht. Das ist wirklich eine Sauerei. Dagegen müssen wir kämpfen. Ich bitte alle, auch ältere Leute, die keine eigenen schulpflichtigen Kinder, aber vielleicht Enkelkinder in der Schule haben, an die Leute zu denken, die hier nicht abstimmen können. Es ist ein Skandal, was hier geplant ist. Das nenne ich eine grosse Einbusse in der Bildungsqualität. Wir geben jeden Tag unser Bestes, aber mit schlechter werdenden Rahmenbedingungen, und es geht jetzt hier nicht um die Löhne, aber die Klassengrösse ist eine Stellschraube, die wirklich einen grossen Einfluss auf die Qualität des Unterrichts hat. Wir haben heute andere Voraussetzungen als noch vor 20 Jahren: Wir haben Zuwanderung, Migration, die Geschichte Integration. Was will man denn? Grössere Klassen und dafür 700 Lehrpersonen und Klassenassistenten und dies und jenes drin? Man kann auch mit kleinen Klassen arbeiten und so kann man besser arbeiten. Es geht mir nicht um den Lohn, sondern prinzipiell um die Aussage, grössere Klassen zu machen. Dies empfinde ich als Skandal und ich hoffe wirklich, dass die Bürger nicht mitmachen.

Der Vorsitzende

Das Wort zur Kostenart 302 ist weiterhin frei.

(Das Wort hierzu wird nicht weiter ergriffen.)

Dann gebe ich das Wort frei für allenfalls weitere Anträge.

Votum Christian Büttiker

Wir beantragen im Namen der SP, das Budget heute nicht zurückzuweisen, sondern dieses zu beraten.

Begründung: Ich rede jetzt über die Situation der Gemeinde, wie sie finanziell dasteht. Die SP will nicht heute bei jeder Massnahme nach vorne kommen und gegen diejenigen reden, die das Budget zusammenkürzen wollen, damit sie die Steuern nicht erhöhen müssen. Die SP ist nämlich der Meinung, dass der Gemeinderat und die Verwaltung dieses Budget schon mehrmals überarbeitet haben und ein ertragbares und in der Höhe nötiges Budget vorlegen. Und die Zwischenrufe in dieser Gemeinde gegen die Gemeinderäte gehen einfach nicht. Sie geben sich Mühe und setzen sich für Euch alle ein. Das muss aufhören. An einer Gemeindeversammlung geht dies nicht. Was nützen die Streichungsanträge, die jetzt alle kommen, vor allem von der bürgerlichen Seite? Ich frage Euch: Soll die Gemeinde sich nicht mehr entwickeln? Sollen die Investitionen einfach hinausgeschoben werden? Das können dann die anderen machen, die nach uns kommen. Soll die Gemeinde unattraktiver werden? Was passiert mit all den Kosten, die hinter den Projekten in diesem Budget stehen? Werfen wir diese alle einfach weg, zahlen dieses Mal alles zusammen, was die schon vorgeleistet haben für all die Sachen, werfen es weg? Rechnet das zusammen, da könntet Ihr einiges einsparen.

Es nützt nichts, wenn man dieses Budget so zusammenkürzt, dass im nächsten Traktandum die angesagte Steuererhöhung versenkt werden kann. Denn die Gemeinde hat ein strukturelles Problem. Deshalb braucht sie 3 % Steuererhöhung. Wenn die bürgerliche Mehrheit vor drei Jahren die Steuern nicht gesenkt hätte um die 2 %, hätten wir heute nicht das Problem mit den 3 %. Ich kann mich noch gut an die Voten erinnern: «Wir haben ja jetzt Geld, jetzt können wir die Steuern senken. Aber wenn es denn nötig ist, können wir die Steuern auch wieder erhöhen». Da stehen wir heute. Wir reden heute von einer Korrektur dieser 2 % vor drei Jahren. Die 2 % braucht es und das dritte braucht es, damit die Gemeinde sich erholen kann. Die Gemeinde braucht das und Glarus ist steuermässig immer noch die günstigste Gemeinde im Kanton.

Ich bitte Euch im Namen der SP, das Budget wie vorgelegt zu genehmigen und im nächsten Traktandum die Steuerkorrektur vorzunehmen. Die Gemeinde Glarus ist auch mit dieser Erhöhung noch die steuergünstigste Gemeinde im Kanton und kann mit diesem Budget die Aufgaben erfüllen, die sie braucht, um attraktiv zu bleiben und vor allem auch eine lebendige Gemeinde zu bleiben.

Votum Heinrich Hösli

Ich war 12 Jahre im Gemeinderat in Ennenda. Ich weiss, wovon ich rede. Früher, als ich dabei war vom Jahr 1974 bis zum Jahr 1986, musste die Baukommission einen Antrag darüber stellen, was sie machen will, die Liegenschaftskommission und die Feuerwehrkommission, und im Endeffekt hat die Finanzkommission entschieden, wie viel Geld wir zum Ausgeben haben, und sie musste Prioritäten setzen. Heute hat man das Gefühl, das Budgets nach den Ausgaben gemacht werden. Dann müssen die anderen einfach mehr Steuern bezahlen. So einfach ist das heutzutage.

Der Vorsitzende

Sie unterstützen den Rückweisungsantrag vom Budget?

(Dies wird bejaht.)

Möchte sich jemand weiter äussern zum Rückweisungsantrag?

(Das Wort wird nicht ergriffen.)

Dann würde ich vorschlagen, dass wir dem zuständigen Gemeinderat das Wort zum Thema Rückweisung erteilen und dann über die Rückweisung entscheiden.

(Die Gemeindeversammlung stimmt stillschweigend zu.)

Schlussvotum Mischa Toso, Departementsvorsteher Finanzen und Controlling

Im Namen des Gemeinderats beantrage ich Ihnen natürlich, das Budget nicht zurückzuweisen und mindestens auf die Budgetdebatte einzutreten. Wenn man das Budget heute zurückweist, können wir bis auf Weiteres nur noch gebundene Ausgaben tätigen, d.h. die Handlungskompetenz der Gemeinde wird drastisch eingeschränkt. Der zweite Punkt, der geschehen wird, ist, dass wenn man bis zum 31. März, soweit ich meine, kein Budget und keinen Steuerfuss präsentieren können, die von Ihnen angenommen worden sind, wird sich der Kanton einschalten und über unsere Ausgaben mitbestimmen. So verlieren wir unsere ganze Gemeindeautonomie. Weiter kann ich Ihnen garantieren, dass der Gemeinderat wie auch die Leiterkonferenz sich mehr als einmal mit diesem Budget beschäftigt hat. Allein der Gemeinderat hat drei Lesungen abgehalten und die Leiterkonferenz noch viel mehr. In der Investitionsrechnung ist man in der Lesung 0 von über CHF 20 Mio. ausgegangen und hat dort schon drastisch reduziert auf nur noch CHF 12 Mio.

Ich bitte Sie wirklich eindringlich, mindestens auf die Budgetdiskussion einzusteigen und nicht schon von Anfang an das Budget abzulehnen. Wir werden danach allenfalls noch weitere Streichungsanträge zum Budget hören, worüber wir abstimmen können, um das Budget zu verändern. Aber das Budget einfach schon im Vorherein abzulehnen, wäre der falsche Weg.

Der Vorsitzende

Dann entscheiden wir über den Rückweisungsantrag. Der Gemeinderat, unterstützt von Christian Büttiker, will selbstverständlich heute über dieses Budget entscheiden. Aber es liegt ein Rückweisungsantrag vor von Jakob Hösli und von Heinrich Hösli.

Ich nehme den Antrag des Gemeinderats voraus.

(Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr.

Wir sind bei der Beratung über das Einfrieren der Lehrerlöhne auf dem Stand des Jahres 2024. Hier wurde die Diskussion bereits geführt. Hierzu gebe ich dem zuständigen Gemeinderat René Schönfelder das Wort.

Schlussvotum René Schönfelder, Departementsvorsteher Bildung und Familie

Die Schule ist ein ganz komplexes Gebilde. Um allen Herausforderungen, wie Digitalisierung, Integration, Inklusion, steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden, haben alle Beteiligten der Schule Glarus dieses Budget erstellt. Ich danke auch meinen beiden Vorrednern Danièle Enz und Hannes Schnyder. Sie haben die Emotionen gespürt. Wenn man über Klassengrössen redet, wird es manchmal schwierig. Danièle Enz ist eine Schulkollegin, auch sie ist wie ich 40 Jahre im Schuldienst tätig. Sie haben von Hannes Schnyder gehört: Wir haben heute vermehrt verhaltensauffällige Schüler, Schüler mit ASS – das sind sogenannte Autismus-Spektrum-Störungen –, wir haben Kinder mit grossen sprachlichen Defiziten, und es wird immer schwieriger so Klassen zusammenzustellen. Das führt zu vermehrt sonderpädagogischen Massnahmen wie schulischen Heilpädagogen, Assistenzpersonal und belastet die Ressourcen des Bildungsbereichs.

Der Gemeindepräsident hat es gesagt: Die Klassen sind bereits gebildet bis Ende Juli. Wir haben nicht Kalenderjahre in der Schule, sondern eben die Schuljahre. Also die Lehrerlöhne sind bereits fixiert. Die Schulkommission hat die Sparvorgaben des Gemeinderats ernstgenommen. Sie startet trotz grösserer Schülerzahlen mit gleich vielen Klassen, nämlich auf die Gemeinde Glarus bezogen sind es 74 Schulklassen. Die strategischen Vorgaben der Schulkommission – und das zeigt, dass die Schulkommission auch für die Lehrer da ist –, ausgeglichene, durchmischte Klassen, zumutbare Schulwege und ein Klassendurchschnitt von 18,6 sind erreicht worden. Wir haben in diesen Beratungen genau das Limit von 18,6 – eine komische Zahl, wenn man von Kindern spricht, aber das ergibt den Durchschnitt vom ganzen Schulbereich. Die Klassengrösse zu erhöhen, das ist aus meiner Sicht und auch Sicht der Schulkommission eine kurzfristige Lösung und wird uns später ganz sicher einholen. Bildungsausgaben sind immer eine Investition in die Zukunft. Und die Schule Glarus braucht die Erhöhung des Budgets. Und die Erhöhung des Budgets ist, wenn Sie es genau

anschauen CHF 243'000 für eine Schule der Chancengleichheit. Unterstützen Sie bitte den Antrag des Gemeinderats und lehnen Sie den Antrag der FDP ab.

Der Vorsitzende

Wir entscheiden über die Position 302, die Sie auf Seite 34 finden. Der Gemeinderat, unterstützt von Hannes Schnyder und Danièle Enz, möchte an der budgetierten Position festhalten. Die FDP, vertreten durch Roland Goethe, möchte die Position um CHF 333'000 reduzieren, d.h. auf dem Stand Vorjahr belassen.

(Der Antrag des Gemeinderats wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr.

Gibt es weitere Anträge zur Erfolgsrechnung?

Anregung Thomas Hefti

Vor zwei Jahren wollten wir 2 m² Boden kaufen, um einen Hydranten zu versetzen in Netstal. Das war nicht möglich. Die Gemeinde verkaufe keinen Boden. Jetzt sehe ich hier unter Position 441, dass diverse Grundstücke veräussert werden sollen. Wir brauchen Geld, das ist ganz klar, da will man Sachen verkaufen. Wenn ich viel Geld hätte, würde ich eine Liegenschaft kaufen und diese vermieten. Das spült langfristig vermutlich ein bisschen mehr in die Kasse. Hinzu kommt, dass Hobbyräume, die hierunter fallen, immer weniger werden. Als Verein, der viel für die Fasnacht macht, Wagenbau, haben wir es schwer, wenn die Liegenschaft, die jetzt hier betroffen wäre, verkauft werden würde.

(Der Vorsitzende fragt zwecks Vorbereitung nach, was genau der Antrag ist.)

Ich beantrage, dass die Liegenschaften nicht verkauft werden.

(Der Vorsitzende erklärt, dass der Antragsteller beantragen kann, dass im Budget eine Ertragsposition gestrichen wird. Es sei schwierig für die Gemeinde, da es darum gehe, dass Finanzvermögen, das auf verschiedenen Kostenstellen sei, nicht veräussert werden dürfe, aber über die Veräusserung von Finanzvermögen entscheide der Gemeinderat und nicht die Gemeindeversammlung. Der Antragsteller wird darum gebeten, den Punkt nochmals zu formulieren, und es werde als Anregung entgegengenommen. Aber wenn der Antragsteller keinen konkreten Antrag habe, sei es schwierig für den Gemeinderat damit umzugehen [Anm.: Gemäss Anhang 4 des OrgR besitzt der Gemeinderat bei Veräusserungen von Liegenschaften die Finanzkompetenz bis CHF 500'000].)

Mein Antrag wäre gewesen, dass man die Liegenschaften nicht verkauft, das ist relativ klar. Wenn das nicht möglich ist, lege ich Euch einfach ans Herz, nicht alle Liegenschaften zu verkaufen, wo man kulturelle Arbeit drin machen könnte, wo Vereine leben. Es wird immer weniger und das muss es auch geben. Eine schöne Tiefgarage nützt nichts, dort kann man nichts basteln oder schrauben.

Der Vorsitzende

Wir nehmen das Anliegen auf, das Problem ist uns bewusst.

Gibt es weitere Anträge zur Erfolgsrechnung?

Streichungsantrag Jakob Hösli

Ich wollte mit meinem Rückweisungsantrag eigentlich verhindern, dass solche Diskussionen entstehen und vielleicht einen etwas späteren Abend bewirken. Ich habe einen Antrag und eine Bemerkung. Eine Bemerkung zum Punkt auf Seite 9 zum Budgetvergleich 2025 (*Detailzahlen Budget-Erfolgsrechnung nach Kostenstelle*). Das haben die Meisten nicht in ihrem Memorial, das musste

man auf der Website herunterladen. Dort drin gibt es unter Nummer 828100 (Abfallwirtschaft SF) die Grüngutabfuhr. Sie erinnern sich vielleicht, dass wir vor einem halben Jahr darüber bestimmt haben, dass wir die künftigen Grüngutgebühren nicht mehr über allgemeine Steuergelder bezahlen, sondern über Gebühren. Es ist definiert, was eine Gebühr ist, und es ist auch definiert, was man mit den Steuern macht. Der Antrag zur Nicht-mehr-Zahlung über die öffentlichen Steuergelder wurde von Ihnen angenommen. Und jetzt stelle ich einfach fest, dass im Budget 2025 weiterhin der genau gleiche Betrag steht wie für das Jahr 2024, d.h. wir bezahlen die Grüngutabfuhr offensichtlich weiterhin über Steuergelder; dies passt mir nicht. Ich meine, wenn wir schon davon reden, dass wir kein Geld haben, dann müssen wir es wenigstens dort, wo wir es ehrlich holen können, holen. Das würde bedeuten, dass man die Grüngutgebühren halt zahlen müsste, wenn man Grüngut hat. Das will ich dem Gemeinderat eigentlich nahelegen, dass er das, wofür er von der Gemeinde einen Auftrag hat, auch macht. Das macht er zumindest so, wie ich die Budget-Vorlage sehe, nicht. Dann habe ich noch ein zweites Anliegen und das betrifft Seite 41, Position 25863.04 (Sportanlage Erlen/Gründli: Planungskredit Neubau Turnhalle und Aussensportanlage), CHF 100'000. Es ist jetzt ziemlich genau ein Jahr her, dass ich an dieser Stelle den Antrag gestellt habe.

(Der Vorsitzende unterbricht mit dem Hinweis, dass die Investitionsrechnung erst später folgt. Auf Hinweis, dass gesagt werden soll, welche Seite zur Diskussion gestellt wird, erklärt der Vorsitzende, dass man jetzt auf den Seiten 30 bis 39 war, und um zum ersten Punkt betreffend Grüngutabfuhr Antwort zu geben, erteilt er dem Departementsleiter Finanzen und Controlling das Wort.)

Hans-Jürg Küng, Departementsleiter Finanzen und Controlling

Die Kostenstelle 828100, welche Jakob Hösli angesprochen hat, ist eine sogenannte Spezialfinanzierung. Die Spezialfinanzierungen werden nicht über die allgemeinen Steuermittel in den Ertrag gezogen, sondern, wie es der Name eigentlich sagt, ist es eine Spezialfinanzierung, welche in sich abgeschlossen ist und jedes Jahr auf jeweils einen Pro-Memoria-Franken ausgeglichen wird. Man muss schauen, dass über mehrere Jahre sinnvollerweise die Gebühren, die man verlangt – hier reden wir jetzt von Abfall, dann gibt es auch noch das Abwasser, das eine separate Kostenstelle ist –, so hoch ansetzt, dass man die Kosten, die Abschreibungen und übrige Aufwendungen in etwa tragen kann. Ich hoffe, ich konnte mich verständlich ausdrücken. Es ist nicht so, wie angenommen wurde, dass dies über die Steuermittel finanziert wird, sondern es handelt sich eben um eine Spezialfinanzierung.

Gibt es noch Anträge zur Erfolgsrechnung?

(Das Wort wird nicht weiter ergriffen.)

Die Budget-Erfolgsrechnung 2025 wird genehmigt.

Fahren wir weiter mit der Investitionsrechnung, welche auf Seite 40 beginnt.

Ich will dies etwas bündeln und zusammennehmen und die Diskussion freigeben zu den Positionen 820, 823. 824 bis 828, also bis und mit Abwasser, d.h. Seite 40 und das erste Drittel der Seite 41.

Gibt es hierzu Anträge?

Streichungsantrag Roland Goethe

Ich stelle Ihnen den Antrag im Namen der FDP auf der Seite 40 die Streichung der Position 25820.04 (Standplatz Gastrobetrieb im Volksgarten, Durchführung Studienauftrag) mit folgender Begründung:

Die FDP unterstützt das Konzept der Rollbar, nichtsdestotrotz erachtet die FDP die Investition in der Höhe von CHF 30'000 zur Durchführung eines Studienauftrags als falschen Weg zum Ziel. Eine raschere und zielführendere Lösungsfindung ist mit der Durchführung eines Studienauftrags nicht gewährleistet. Es kann nicht sein, dass uns die Denkmalpflege für ein Projekt, wo der Grössteil der Bevölkerung in Glarus gefragt wird, so viel Steine in den Weg legt. Die FDP erachtet es als

zielführender, wenn die Gemeinde Glarus auf der Basis bereits ausgearbeiteter Baugesuche das Gespräch mit den zuständigen kantonalen Stellen nochmals sucht und einen konkreten und kostengünstigen Lösungsvorschlag ausarbeitet. Wir wollen eine nachhaltige Lösung. Wir wollen, dass man dort im Volksgarten weiterhin eine Art Rollbar haben darf.

Der Vorsitzende

Du hast keinen weiteren Streichungsantrag zu dieser Seite?

(Dies wird verneint.)

Gibt es weitere Anträge oder Wortmeldungen? Wir sind auf Seite 40 und dem oberen Teil der Seite 41.

Änderungsantrag Franz Freuler

Ich will einen Änderungsantrag stellen, und zwar zur Position 25824.02 (Ersatz Hako Citymaster 2022 - Beitrag Energiefonds Gemeinde Glarus). Es heisst, es sei Sperrvermerk drin. Ich habe den Artikel im Finanzhaushaltsgesetz jetzt nicht gelesen, aber ich gehe davon aus, dass es mit einer gebundenen Ausgabe zu tun hat. Dies ist eine Annahme meinerseits, aber das wird man hier schon sagen im Nachgang. Ich möchte den Budgetposten insofern ändern, dass man den Citymaster oder die Putzmaschine kauft, aber nicht eine Strommaschine, sprich ein Elektrofahrzeug.

Ich begründe dies wie folgt: Man nimmt vorher einen grossen Batzen aus dem Energiefonds, um diese Maschine zu kaufen. Diese Maschine fährt einerseits – dies würde das Mobilitätskonzept ja irgendwo noch rechtfertigen –, aber die Maschine putzt auch. Die wischt und saugt und braucht etwa für drei oder vier Sachen Strom. Ich finde es nicht angebracht, so etwas elektrisch zu machen, denn die braucht eine Riesenbatterie und relativ lange zum Laden. Ich hoffe, dass sie bis zum Abend auch wischen kann, sonst kann die Arbeiterin oder der Arbeiter erst um 3 Uhr Feierabend machen, was für die Person dann auch nicht angenehm wäre. Ich würde beliebt machen, dass wir den Budgetposten so verändern, dass man nicht ein Elektrofahrzeug kauft; dann würde das auch um einiges günstiger und die Entnahme aus dem Energiefonds hinfällig.

Der Vorsitzende

Es ist etwas schwierig, über Maschinentypen zu diskutieren. So, wie es jetzt vorgesehen ist, ergibt dies einen Antrag an die Gemeindeversammlung für diese Maschine. Im Budget ist es eingestellt, damit diese Position im Budget ist. Wenn man mit einem Verpflichtungskredit im Frühjahr kommt, können Sie den Antrag stellen, diesen abzulehnen oder zu reduzieren. Ist dies in Ordnung so?

(Dies wird bejaht.)

Das Wort ist weiter frei.

(Das Wort wird nicht weiter ergriffen.)

Dann gebe ich das Wort dem zuständigen Gemeinderat Hans Peter Spälti zum Studienauftrag Gastrobetrieb.

Schlussvotum Hans Peter Spälti, Departementsvorsteher Bau und Versorgung

Ich beantrage Ihnen selbstverständlich, dass Sie die CHF 30'000 in der Investitionsrechnung für die Durchführung von diesem Studienauftrag belassen. Die Rollbar, das wissen viele von Ihnen, genießt seit ihrer Eröffnung einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung und ist aus dem Gastroangebot in Glarus und weiter darüber hinaus sicher nicht mehr wegzudenken. Wir haben bei der kantonalen Denkmalpflege erreicht, dass die Rollbar bis zur Saison 2029 im Volksgarten als Provisorium bleiben darf, und zwar am ursprünglichen Standort beim Springbrunnen. Das ist insofern wichtig, weil der künftige Standort aufgrund der Ergebnisse aus diesem Studienauftrag, den wir Ihnen einmal gezeigt haben oder für welchen Sie uns den Kredit bewilligt haben für Innenstadt mit der

Entwicklung vom Bahnhof in die Stadt hinein, an dem Standort, der ursprünglich geplant war, dann auch bleibt. Wir müssen aber parallel dazu in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege das Studienauftragsverfahren für die finale Lösung durchführen. Das wurde bereits im Jahr 2019 bei der damaligen Baubewilligung gefordert. Der Volksgarten ist eine Nicht-Bauzone und untersteht der Aufsicht des Bundesamts für Kultur. Sie wissen, dass es dort die ersten Gehversuche gab mit einem Provisorium. Dann hatte man eigentlich das Gefühl, dass man da vorne weitermachen will und hat eine Kreditvorlage und ein Baubewilligungsverfahren eingeleitet, wogegen eine Einsprache erfolgt ist. Deswegen handeln wir uns immer von Jahr zu Jahr und haben nie einen rechtskonformen Zustand, insbesondere auch, was die Baubewilligungssache oder -seite anbelangt. Dann sind wir nach hinten zum Kunsthaus gegangen und auch dieser Standort ist nicht konfliktfrei. Deshalb haben wir dieses Jahr eine grosse Runde gemacht und gesagt, dass wir jetzt einfach einmal irgendwo so einen Schritt weiterkommen müssen, dass wir eine langfristige oder zumindest mittelfristige Lösung erzielen können. Entschuldigen Sie, wenn ich etwas länger rede, aber ich möchte noch einen Hinweis machen: Kürzlich war ein Artikel über dieses Thema in der Presse und die Denkmalpflege wurde dort ziemlich angegriffen. Wir sind auch nicht immer derselben Meinung wie die Denkmalpflege, aber in diesem Falle war es wirklich völlig unberechtigt und ungerechtfertigt, dass man sie so in die Pfanne haut. Sie hat von Anfang an signalisiert, dass sie mitmacht und uns gestattet, dort etwas zu machen, aber dass es eben etwas braucht, wenn man eine finale Lösung erzielen will. Das finde ich auch nicht so wahnsinnig fair. Die Baukommission hat mittlerweile die ursprünglich befristete Baubewilligung – gegen diese hat es keine Einsprachen gegeben – quasi eröffnet und bis zur Saison 2029 verlängert. Im Gegenzug sind wir aufgefordert, für die dauerhafte Lösung, welche nicht mehr das System der Rollbar sein wird, sondern etwas Anderes, zu schauen, was dort hinpasst und was man dort machen kann. Das haben wir auch als Verpflichtung in diese Bewilligung aufgenommen. Das ist so auch mit der Denkmalpflege vereinbart. Die Denkmalpflege hat uns schriftlich signalisiert, dass sie sich auch finanziell an diesem Verfahren beteiligt. Wir werden, wenn Sie heute Abend hier zustimmen, auch die Gastrobewilligung für diese Zeit ausstellen, so dass es dort die längerfristige oder mittelfristige Lösung gibt und umgesetzt werden kann. Wenn Sie dem Streichungsantrag folgen würden, würden Sie der Rollbar bzw. einer künftigen Lösung den Stecker ziehen. Wir brauchen aber zur Belebung und Entwicklung unserer schönen Gemeinde solche Angebote, wie eben die Rollbar, die auch Strahlkraft haben, nicht nur in unserer Gemeinde selbst, sondern weit darüber hinaus. Das ist so und deswegen verdient es dies auch, dass wir miteinander auf diesen Weg gehen, und ich danke, wenn Sie den Streichungsantrag ablehnen.

Der Vorsitzende

Wir entscheiden. Ich nehme den Antrag des Gemeinderats voraus, die Position von CHF 30'000 im Budget zu belassen, und stelle dies dem Antrag der FDP von Roland Goethe, diese Position zu streichen, gegenüber.

(Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr, die Position bleibt.

Wir fahren weiter mit den restlichen Kostenstellen in der Investitionsrechnung. Das fängt an bei 862 (Gebäudeunterhalt, dann kommt Freizeit und Sport, Liegenschaften, Wald, Landwirtschaft und Naturfahren. Das Wort hierzu ist frei.

Rückweisungsantrag Jakob Hösli

Ich nehme Bezug auf die Position auf Seite 41, 25863.04 (Sportanlage Erlen/Gründli: Planungskredit Neubau Turnhalle und Aussensportanlage). Es ist jetzt ziemlich genau ein Jahr her, dass der Antrag schon einmal vorgelegen hat. Ich habe dort zuerst einen Rückweisungsantrag gemacht und habe das auf Empfehlung unseres Präsidenten in einen Ablehnungsantrag umgewandelt, weil er mir sagte, dass es sonst nächstes Jahr wiederkommen würde. Jetzt ist ein Jahr vergangen, aber sie sind trotz des Ablehnungsantrags wieder damit gekommen. Ich habe damals versucht zu begründen, warum ich gegen diesen Planungskredit bin. Sie wissen oder wissen es vielleicht auch nicht, aber wo das Gründli ist, ist einerseits eine Wasserschutzzone. Es ist in der Gefahrenzone «Wasser und Rutschungen». Dies ist Punkt 1. Punkt 2 war, dass man die Liegenschaft, die für die

Sportanlagen vorgesehen war, für ein paar CHF 100'000 so gemacht hat, dass sie als Auf-fangschutzbecken für Hochwassersituationen im Glärnisch oben dienen soll. Es ist von mir aus gesehen nur mit riesigem Aufwand möglich, dort oben Hochwasserschutz gleichzeitig mit einer Sportanlage mit einer Turnhalle zu machen. Hinzukommt, dass die Gemeinde ein Sportanlagen-konzept hat, das GESAK; der Kanton hat auf Kantonsebene dasselbe. Dort drin wird erwähnt, dass die Gemeinde Glarus gut versorgt ist mit Sportanlagen und mit Turnhallen. Eine Ausnahme wird erwähnt, nämlich, dass es eventuell nötig sei, eine Turnhalle im Gründli oder an irgendeinem Ort zu machen, damit diejenigen vom Zaunschulhaus, der kaufmännischen Berufsschule, allenfalls diese Turnhalle benutzen könnten, und diejenigen von der Pflegefachschule, die noch in Glarus ist, wie ich betonen muss. Sie wissen alle, dass wir lange damit beschäftigt waren, diese nach Niederurnen zu verlegen. Wir haben dort einen grossen Kredit über CHF 30 Mio. inklusive Dreifachturnhalle bewilligt. Das nimmt man von mir aus gesehen zu wenig zur Kenntnis. Ich bin der Meinung, dass die Planung auf Erlen oben von einer anderen Seite her angegangen werden muss. Deswegen stelle ich nicht einen Ablehnungsantrag, sondern einen Rückweisungsantrag mit drei Punkten, die ich geklärt haben will. Es sei zu prüfen:

1. ob es die im GESAK aufgeführten Anlagen in Anbetracht der neuen Situation mit der Pflegefachschule in Niederurnen und nicht mehr in Glarus überhaupt noch braucht;
2. falls es eine zusätzliche Turnhalle brauchen sollte, ob diese als sogenannte Zwillingsturnhalle zur Zauntturnhalle erstellt eine bessere Option wäre;
3. ob neu zu erstellende Sportanlagen grundsätzlich als Erweiterung zu den Sportanlagen im Buchholz nicht mehr Vorteile brächten als im Gründli auf Erlen. Dem sagt man ein Synergieeffekt.

Deswegen bitte ich Sie, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen, damit, bevor wir dort oben zu planen beginnen, wirklich klar ist, was wir wollen.

Streichungsantrag Severin Thoma

Im Namen der FPD beantrage ich Ihnen auf Seite 41 vom Memorial die Streichung der Position 25863.03 (Sportanlagen Buchholz: Planungskredit Sanierung Sportanlageninfrastruktur, Mehrzweckgebäude [MZG] und Sportrasenfeld Ost).

Wir sind der Meinung, dass der Planungskredit zur Umsetzung des Projekts mit Blick auf die angespannte finanzielle Lage der Gemeinde zum falschen Zeitpunkt traktandiert wird. Eine Umsetzung des Projekts wird uns sicher sehr teuer zu stehen kommen und können wir uns momentan schlicht nicht leisten.

Ebenfalls beantrage ich Ihnen die Unterstützung des Antrags von Herrn Hösli.

Ebenfalls beantrage ich Ihnen im Namen der FDP auf Seite 42 im Memorial die Streichung der Position 25865.16 (Kindergarten Erlen, Glarus: Sanierung Aussenspielraum).

Wie schon x-mal gesagt, sehen die Finanzen nicht gut aus; wir müssen sparen. Hinzukommt, dass es direkt nebenan einen gemeindeeigenen Spielplatz gibt, den man nutzen kann. Ich habe selbst einen kleinen Bruder in diesem Alter. Ich denke, man kann gut auf diesen Spielplatz verzichten. Ich bin überzeugt, dass man mit dieser Streichung dazu beitragen kann, unsere finanzielle Situation zu entlasten. Irgendwo müssen wir einfach sparen und uns einschränken. Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben.

Streichungsantrag Franz Freuler

Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP auch die Position 25865.16 (Kindergarten Erlen, Glarus: Sanierung Aussenspielraum) abzulehnen.

Ich begründe kurz: Wie Sie sicher alle wissen haben wir das Erlen-Schulhaus umgebaut, und beim Erlenschulhaus ist in meinen Augen ein schöner Spielplatz entstanden. Weiter hat es beim Glärnisch-Schulhaus unten einen Spielplatz und weiter oben bei der Kaserne hat es meines Wissens auch einen Spielplatz. Es sind also drei Spielplätze in ganz kleinem Umkreis. Es ist mir bewusst, dass der Kindergarten auch einen eigenen Aussenspielbereich braucht, aber wenn das Angebot in dem heutigen Aussenspielbereich nicht ausreicht, wäre es, denke ich, schön für die Kinder, wenn die Kindergartenlehrer mit ihnen auf einen der drei umliegenden Spielplätze gehen. Ich will Ihnen beliebt

machen dies abzulehnen. Es macht heute keinen Sinn. Sollte es so sein, dass in dem jetzigen Aussenspielfeld vom Kindergarten Erlen ein Gefahrenrisiko besteht, ersuche ich den Gemeinderat, dass man dies vielleicht mit gemeindeeigenem Personal so rückbauen oder verändern würde, dass keine Gefahr mehr bestünde.

Votum Christian Büttiker

Lehnen Sie den Antrag der FDP zum Planungskredit im Buchholz ab. Ich weiss nicht, wie Ihr längerfristig plant, wenn Ihr zu Hause etwas planen wollt. Macht Ihr es von der Hand in den Mund, immer gerade das Nötigste? Die Idee hinter dem Planungskredit ist, dass man das Buchholz langfristig entwickeln will. Rund um das Buchholz läuft heute immer etwas. Entweder sind es Jugendliche, die am Trainieren sind, oder Ältere, die auf dieser Anlage tätig sind. Wenn man diese Anlage nicht weiterentwickelt hätte, dann hätte es dort hinten keinen Parkplatz, es hätte kein Dach, und wir wären nicht in der Lage, einen solch guten Eishockeyklub und einen solch guten Fussballklub zu haben. Das sind Leute, die wir bewegen. Ich rede jetzt vor allem als Sportler. Erfolg bringt natürlich einiges mit, und die zwei Mannschaften sind in die Zweitliga aufgestiegen. Da gibt es Regeln und Normen, die man einhalten muss. Man kann natürlich sagen: das ist alles nicht wichtig, die steigen ja sowieso wieder ab. Ist das ein Gedankengang für die Zukunft? Wir müssen jetzt planen, selbst wenn sie nächstes Jahr wieder absteigen. Wir müssen wissen, was uns das kosten würde. Wie gesagt, den Planungskredit braucht es, damit man eine Gesamtsicht hat, und es kommt jedes Projekt nachher wieder vor die Gemeindeversammlung. Dort kann man es immer noch absagen oder einfach sagen, dass das nicht nötig ist, weil man das Geld nicht hat. Mich dünkt, die Gemeinde hat die letzten 20 Jahre nie Geld gehabt. Wir sind immer arme «Cheibe» und sind die reichste Gemeinde im Kanton.

Schlussvotum Hansjörg Schneider, Departementsvorsteher Liegenschaften und Sicherheit

Ich bitte Sie, die Streichungsanträge und Rückweisungsanträge zurückzuweisen und den Anträgen des Gemeinderats zu folgen, und begründe dies wie folgt:

Die Gemeinde Glarus braucht für die Werterhaltung und Entwicklung der Gemeindeimmobilien einen gewissen Finanzbedarf. Sie können sich an den 1. Januar 2011 erinnern, da wurde die neue Gemeinde geboren. Als Geschenk hat sie 350 Immobilien erhalten im Wert von rund CHF 250 Mio. Seit dem 1. Januar 2011 muss sich der Gemeinderat Gedanken machen über die Werterhaltung und Entwicklung von all diesen Immobilien. Es geht um Pflege, um Reparatur und Instandhaltung. Wenn man sich orientiert, wie man den ganzen Immobilienbestand sanieren will, und davon ausgeht, dass man 50 Jahre alles werterhalten hat, muss man rund jährlich 2 % von diesen CHF 250 Mio. einsetzen. Das macht Investitionskosten von CHF 5 Mio. im Jahr nur für das Departement Liegenschaften und Sicherheit. Ich bitte Sie, die CHF 5 Mio. im Hinterkopf zu bewahren. Es braucht CHF 5 Mio. im Jahr für die Sicherstellung der Werterhaltung innerhalb von 50 Jahren.

Ich komme zur Argumentation der Antragstellenden: Es wurde gesagt, dass wir Prioritäten setzen müssen und uns auf das Notwendige konzentrieren sollen. Der Gemeinderat Glarus muss seit dem 1. Januar 2011 Prioritäten setzen. Das macht er auch. Die CHF 5 Mio. im Jahr, die ich vorhin angesprochen habe, hat mein Kollege im Jahr 2011 nicht gehabt, die habe ich nicht und die werden meine Nachfolger nicht haben. Aktuell sind im Budget für das Departement Liegenschaften und Sicherheit CHF 2.9 Mio. eingestellt. Jede Position in der Investitionsrechnung ist notwendig. Der Hintergrund sind langfristige Planungen. Da gibt es die Schulraumplanung. Das GESAK wurde bereits angesprochen. Es gibt eine Alpstrategie. Es ist kein Wunschkonzert der Behörden und der Verwaltung.

Argument 2: Wir haben gesagt, dass wir sparen müssen und kein Geld haben. Es ist richtig, dass wir tatsächlich sparen müssen, weil die finanziellen Ressourcen beschränkt sind. Der Gemeinderat geht sehr sorgfältig mit den finanziellen Ressourcen um. Mischa Toso hat vorhin kurz aufgezeigt, woher die Investitionsrechnung gekommen ist, wo wir heute entsprechend drin sind. Die Investitionsrechnung hat nur Notwendiges drin und nichts Wünschenswertes, und sogar dort müssen wir schauen. Wir müssen uns dort tatsächlich auf die dringendsten Sachen konzentrieren, weil wir nicht alles finanzieren können. Streichen ist nicht immer gespart. Streichen heisst, dass wir zum Teil die Investitionen einfach auf der Zeitachse hinausschieben, und später müssen wir es dann trotzdem machen.

Ich komme zu den konkreten Projekten:

Kindergarten Erlen, Sanierung Aussenspielraum: Der ganze Aussenspielraum des Kindergartens Erlen ist veraltet und hat defekte Spielgeräte. Die Sicherheit für die Kindergartenkinder ist nicht mehr länger zu gewährleisten. Es wurde vorgeschlagen, man solle die öffentlichen Spielplätze nutzen. Das ist eine gute Idee, die aber nicht realisiert werden kann. Spielplätze von Kindergärten sind geschützte Aussenräume. Sie müssen eingezäunt sein. Da können Sie sich folgendes Szenario vorstellen: Eine Kindergärtnerin geht mit angenommen 18 Kindergartenkindern raus, schickt ein paar Kinder voraus und geht mit ein paar Kindern hinterher; sie hat einfach nicht den Überblick über 18 Kinder. Wenn sie auf einen öffentlichen Spielplatz geht, gibt es keine Einzäunung und nichts, und die Kindergärtnerin hat keine Chance, die Kinder zu kontrollieren während dieser Zeit, in der sie draussen sind. Alle Kindergartenplätze in der Gemeinde, sei es Netstal, Riedern, Ennen- oder Glarus, sind eingezäunt, und das muss auch der Aussenspielplatz im Kindergarten Erlen sein. Das Argument vorhin, dass es schön sei, in einen anderen Kindergarten zu gehen, zieht leider nicht. Es ist nicht möglich, weil es wirklich gesichert sein muss. Zudem kommen sie, wenn sie auf einen öffentlichen Spielplatz gehen, in Konflikt mit den anderen Primarschülern und weiteren Kindern. Das funktioniert leider nicht. Die Kindergartenkinder müssen in einem eigenen geschützten Aussenraum sein. Was haben wir für Sparpotential bei der Streichung? Wir haben keins. Sie nehmen das Risiko für Unfälle in Kauf, das Verletzungsrisiko steigt. Das wird bewusst in Kauf genommen. Das Problem wird nur aufgeschoben.

Sportanlage Buchholz, Planung/Sanierung Mehrzweckgebäude: Die Sportanlage Buchholz ist am 1. November 1989 vor 35 Jahren in Betrieb genommen worden. Die Garderobenanlagen, die sanitären Anlagen, WCs und Duschen, die technische Infrastruktur, alles ist 35-jährig. Das wurde alles nicht gemacht bei der Überdachung des Eisfeldes. Die ganze Infrastruktur ist nicht mehr zeitgemäss, alt, zu klein, wartungsintensiv, und die Bedürfnisse können schlichtweg nicht mehr abgedeckt werden. Es wurde bereits gesagt: wir müssen vorausschauen und dies planen können und an einer Gemeindeversammlung wieder vorlegen, was saniert werden soll. Was ist das Sparpotential, wenn Sie diesen Posten streichen? Auch hier gibt es keins. Das Problem wird grundsätzlich auch hier nur aufgeschoben. Es gäbe sehr wohl politische Alternativen, die wir diskutieren könnten. Dann müssten wir uns aber tatsächlich in eine Diskussion begeben, ob wir künftig noch ein Eisfeld brauchen, ob wir noch zwei Sportplätze dort oben wollen und ob wir eine Leichtathletikanlage wollen. Das wäre die politische Diskussion, die man führen müsste, wenn man hier nicht investieren will.

Sportanlage Erlen/Gründli, Planung Aussenturnhalle wurde auch erwähnt. Die Gemeindeversammlung vom 26. November 2021 hat zur Entwicklung des Kasernenareals einem Überbauungsplan zugestimmt. Die Aussensportanlage auf dem Kasernenplatz braucht einen neuen Platz, und das muss geplant werden. Es wurde bereits erwähnt, dass die Gemeinde ein Sportanlagenkonzept hat. Dort drin steht aus der Analyse aus dem Jahr 2012, dass die Turnhallen in der Gemeinde Glarus in einem qualitativen Angebot schlecht sind. Die Sporthallen Zaun und Gründli sind veraltet und entsprechen nicht dem aktuellen Bedürfnis von Hallengrössen, Geräteeinrichtungen, Hallenboden und Garderoben. Weitere Kriterien wie Energieversorgung, Zugang, Barrierefreiheit, Erdbebensicherheit entsprechen nicht den gesetzlichen Vorgaben. Das war vor 12 Jahren. Auch hier müssen wir uns auf den Weg machen und die entsprechenden Sachen planen. Machen wir eine neue Turnhalle, müssen wir dagegen abwägen, ob wir die alten sanieren. Deswegen braucht es auch den Planungskredit. Der Bedarf ist sehr wohl vorhanden, auch das ist schon erwähnt worden. Der Kanton, die KBS Glarus, sucht dringend Hallenplätze. Weiter planen die Technischen Betriebe Glarus genau in dieser Zone die Wärmezentrale eines Wärmeverbunds. Es sind heute drei Partner miteinander dran, nämlich die Gemeinde, der Kanton und die Technischen Betriebe Glarus, die das Projekt planen wollen: Hallennutzung durch den Kanton und die Gemeinde, Mantelnutzung durch die Technischen Betriebe Glarus. Das ist keine Win-win-Situation, das ist wirklich eine Win-win-win-Situation. Sie haben heute die Chance, das zu nutzen. Sie können dem Ganzen auch den Stecker ziehen. Dann ist diese Geschichte für ganz viele Jahre nicht mehr zu diskutieren. Auch hier ist das Sparpotential bei einer Streichung, dass das Problem nur aufgeschoben wird, die Investition wird irgendwann kommen. Die politische Alternative, es wurde gesagt: warum verschiebt man das Sportanlagenangebot nicht einfach ins Buchholz. Dies ist grundsätzlich möglich, aber ob das realistisch ist, mit den Primarschülern immer durch die ganze Gemeinde Glarus zu fahren, um die Sportanlagen zu benutzen, zweifle ich an.

Ich fasse zusammen: Die Gemeinde muss eigentlich CHF 5 Mio. im Jahr haben, um in die Liegenschaften zu investieren. Das schafft sie schlichtweg nicht. Wir müssen sparen, das ist auch so.

Trotz des eingeschränkten Budgets haben wir Änderungs- und Streichungsanträge auf dem Tisch. Sie müssen sich bewusst sein, dass, wenn Sie diesen zustimmen, es einen Leistungsabbau gibt. Leistungsabbau im Bereich Kindergarten, Schulsport und bei Vereinsaktivitäten – dort werden vor allem Kosten verschoben und die Probleme nicht gelöst. Bei einer Streichung gibt es ganz automatisch einen Substanzverlust. Der Substanzverlust hat 1:1 Einfluss auf die Attraktivität der Gemeinde Glarus. Der Gemeinderat will in den betroffenen Bereichen, sprich Kindergarten, Schulsport, Vereinsaktivitäten keinen Leistungsabbau und schlägt Lösungen vor oder will mögliche Lösungsvarianten mit diesen Planungskrediten vorbereiten. Der Gemeinderat will in den betroffenen Bereichen keinen Substanzverlust und der Gemeinderat will vor allem die Attraktivität der Gemeinde Glarus aufrechterhalten. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Streichungsanträge abzulehnen und dem Budget unverändert zu folgen.

Der Vorsitzende

Wir stimmen ab.

Der erste Antrag, über den wir entscheiden, ist der Planungskredit Sportanlage Buchholz, CHF 70'000. Dort haben wir den Streichungsantrag der FDP von Severin Thoma.

Ich nehme den Antrag des Gemeinderats voraus.

(Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr. Die Position bleibt bestehen.

Wir haben dann gleich die anschliessende Position: Sportanlage Erlen/Gründli, Planungskredit Neubau Turnhalle und Aussensportanlage. Hier haben wir einen Antrag von Jakob Hösli, das aus dem Budget zu streichen und zu überarbeiten bzw. wieder zu kommen, im Sinne dieser Begründung, die er vorgebracht hat. Heute entscheiden wir, ob wir die Position belassen oder streichen.

(Der gemeinderätliche Antrag wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Sie haben mit 216 zu 203 Stimmen beschlossen, dass die Position gestrichen wird.

Wir sind beim Kindergarten Erlen, Sanierung Aussenspielraum. Das ist auf der nächsten Seite im Memorial, Seite 42 oben, ein Kredit von CHF 200'000. Hier gibt es einen Antrag von Severin Thoma von der FDP, diesen zu streichen, unterstützt von Franz Freuler namens der SVP. Ich nehme hier auch wieder den Antrag des Gemeinderats voraus.

(Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr. Die Position bleibt im Budget bestehen.

Wir sind hiermit fertig mit der Beratung des Budgets und machen eine Schlussabstimmung, die Genehmigung des bereinigten Budgets.

(Die Genehmigung des bereinigten Budgets wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Sie haben das Budget so genehmigt.

Die Budget-Investitionsrechnung 2025 wird genehmigt, mit der Ausnahme, dass die Position 25863.04 (Sportanlage Erlen/Gründli: Planungskredit Neubau Turnhalle und Aussensportanlage, CHF 100'000) gestrichen ist.

Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem Finanzplan. Hier können Sie Fragen stellen, entscheiden können wir nichts. Sie müssen den integrierten Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

Votum Fritz Weber

Mein Antrag lautet relativ einfach: Ich würde den integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Begründung: Die Investitionsplanung auf Seite 43 überzeugt nicht, sowohl aus finanzieller Sicht als auch inhaltlich bezüglich der aufgeführten Projekte. Im Jahr 2027 sollen CHF 25 Mio. investiert werden. Zwei Seiten später auf Seite 45 steht dann eine andere Zahl: Nettoinvestitionen Plan 2027 CHF 6 Mio. Das ist ein bisschen realistischer. CHF 25 Mio. sind ein Luftschloss. Das stört mich sehr, auch als ehemaliges Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, dass dem Stimmbürger so etwas unterbreitet wird, auch wenn es nur zur Kenntnis ist. Inhaltlich könnte ich noch viel zu den einzelnen Positionen sagen, aber ich zähle jetzt nicht jede Strasse einzeln auf. Es gibt auch ein Projekt, die Kanalisation Casinoweg, Netstal. Das ist eine, die ich gut kenne, weil ich dort meine Zufahrt habe. Das Projekt ist seit zehn Jahren im Finanzplan drin und wird einfach nicht ausgeführt, weil immer andere Projekte wichtiger sind, vor allem Wärmeverbundprojekte. Das ist schon schön, wenn man Wärmeverbunde macht – wir haben heute ja wieder einen beschlossen mit Ennenda –, aber es soll trotzdem nicht so sein, dass andere Projekte deswegen verschleppt werden. Das ist von mir aus gesehen ein Schlendrian. Wer das nicht glaubt, soll sich das einmal anschauen. Es sieht mittlerweile aus wie in der ehemaligen DDR, weil jedes Mal, wenn die Wasserleitung leak ist, sie geflickt wird und dann wieder geteert wird. Zudem waren die Kollegen von Glasfaseranschluss da, die haben nicht einmal geteert, da liegt jetzt immer noch Kies. Das sind Spezialfinanzierungen wie der Vorredner, Hans-Jürg Küng, erklärt hat. Die unsichtbaren Folgen sind: mit Sicherheit sind die Abwasserkanäle leak und die Gülle versickert. Das muss gemacht werden, wir bezahlen das ja auch mit den Grundgebühren für Wasser und Abwasser. Ich bin eigentlich sicher, dass der Gemeinderat in der Lage ist, die Planung transparenter zu machen, als sie jetzt hier drin ist.

Der Vorsitzende

Wünschen Sie eine Auskunft seitens des Gemeinderats hierzu?

(Es wird geantwortet, dass der integrierte Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 ablehnend zur Kenntnis genommen werden soll.)

Gibt es weitere Voten zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan?

(Das Wort wird nicht weiter ergriffen.)

Sie haben den integrierten Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen, die einen ablehnend und die anderen zustimmend.

Vom integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2026–2028 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 8

Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2025

Dieses Geschäft ist im Memorial auf den Seiten 46 und 47 erläutert.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, den Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2025 auf 59 % der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Nachdem für das Jahr 2023 der Gemeindesteuerfuss um 5 % gesenkt wurde, ist aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde eine Erhöhung um 3 % notwendig, um langfristig ausgeglichene Jahresergebnisse erzielen zu können. Mit diesen 59 % liegt Glarus weiterhin deutlich unter Glarus Nord mit 63 % (*inkl. Bausteuerzuschlag*) und Glarus Süd ebenfalls mit 63 %. Wir haben dieselben Aufgaben wie unsere Nachbargemeinden zu erfüllen und gerade der Vergleich zu Glarus Nord zeigt, dass wir das nicht so schlecht machen. Glarus Nord hat inzwischen ein grösseres Steuerpotenzial als Glarus, muss aber trotzdem mit einem wesentlich höheren Steuersatz operieren.

Ich möchte Ihnen auch in Erinnerung rufen, dass der Gemeinderat bei Steuersenkungen in den letzten Jahren immer darauf hingewiesen hat, dass es wieder zu Steuererhöhungen kommen wird. Die 3 % sind massvoll, lehnen Sie alle Anträge für mehr oder weniger Prozent ab.

Antrag des Gemeinderats die Gemeindeversammlung:

Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2025 auf 59 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Antrag geprüft und empfiehlt Ihnen die Annahme.

Beratung des Geschäfts

Das Wort zum Steuerfuss ist frei.

Ablehnungsantrag Franz Freuler

Ich beantrage Ihnen im Namen der SVP, diese Steuererhöhung nicht zu machen, so, wie der Gemeinderat sie vorschlägt.

Ich erlaube mir kurz, aus dem Protokoll der Gemeindeversammlung aus dem Jahr 2023, November, die einleitenden Worte herunterzulesen, die der Gemeindepräsident damals gesagt hat: «Der Gemeinderat beantragt Ihnen, den Steuerfuss unverändert auf 56 % der einfachen Staatssteuer zu belassen. Eine Erhöhung wäre nur eine kurzfristige Lösung unserer strukturellen, finanziellen Probleme. Es sind jetzt langfristige Massnahmen zu planen und, wenn die Marschrichtung geklärt ist, wird man Anpassungen im Bereich des Steuerfusses diskutieren».

Es ist gerade einmal ein Jahr her und von langfristigen Massnahmen habe ich heute Abend leider nichts gehört. Die strukturellen-finanziellen Probleme haben wir mehrmals von allen Seiten gehört, die sind im Raum, dessen ist sich die SVP auch bewusst, denn die Zahlen können auch wir mehr oder weniger lesen. Dass wir eine Marschrichtung irgendwie verändert haben, das habe ich heute Abend nicht gespürt. Da möchte ich auch Herrn Büttiker, der sich für eine Erhöhung ausgesprochen hat, einmal an diesem Pult in die Pflicht nehmen. Die SVP hat über Jahre hinweg den Mahnfinger hochgehalten und bei Investitionen und bei Personalerhöhungen immer wieder gesagt, dass wir doch auf das Geld schauen müssen. Und ja, man hat eine Steuersenkung gemacht und jetzt will man hoch mit den leeren Versprechungen, die man vor einem Jahr gemacht hat und die nach wie vor im Raum stehen. Ich weiss nicht, ob sie überhaupt noch davon reden; ja, sie wollen etwas präsentieren. Die SVP verwehrt sich einer Diskussion über eine Steuererhöhung nicht, aber zuerst sollen diese Punkte geklärt werden und allfällige Justierungen an den Ausgaben präsentiert werden. Und ja, es ist mir bewusst, dass wir mit diesen Beschlüssen, die wir vorher im Budget gefasst haben, Schulden machen müssen werden, wenn wir die Steuern nicht erhöhen. Aber die SVP will den Druck auf den Gemeinderat aufrechterhalten, dass er die Marschrichtung anschaut, in die er

gehen will, langfristige Massnahmen plant und nachher auch vielleicht dann mit einer Steuererhöhung die strukturell-finanziellen Probleme in den Griff kriegt. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Antrag des Gemeinderats oder allfällige noch weitere Erhöhungen von den ganz spendablen Leuten hier drin nicht unterstützen und den Gemeindesteuerfuss auf 56 % wie heute belassen.

Änderungsantrag Marius Grossenbacher

Im Namen der Grünen der Gemeinde Glarus beantrage ich Ihnen, den Steuerfuss von 56 % auf 60 % um 4 % zu erhöhen.

Zur Begründung: Eigentlich hätte ich mit meinem Antrag auch bei den Sparvorschlägen kommen sollen. Sie sehen es nämlich im Budgetteil C: Erfolgsrechnung nach Kostenarten unter 340 Total Zinsaufwand. Inzwischen sind rund CHF 1 Mio. für Zinsen budgetiert. Vor einem Jahr an der letzten Herbstgemeindeversammlung haben wir Grünen uns bereits dafür eingesetzt, dass der Steuerfuss erhöht wird. Unser Anliegen ist vom Gemeinderat mit der Begründung, dass zuerst eine Auslegeordnung gemacht werden soll und dann die genaue Steuererhöhung eruiert werden soll, abgelehnt worden. In meinen Augen ist dies nach wie vor schade, das Geld hätte man im aktuellen Jahr schon benötigt. Wir haben eine erste Auslegeordnung gemacht und der Gemeinderat beantragt auch eine Steuererhöhung, aber nur um 3 %. Der von der Gemeinde Glarus definierte Zielwert für den Selbstfinanzierungsgrad liegt bei mindestens 80 %. Der Selbstfinanzierungsgrad ist sowohl für das nächste als auch – wie aus dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan zu sehen – für die Jahre 2026 und 2027 unter der gemeindeeigenen Vorgabe von mindestens 80 %. Bringen wir das Verhältnis von Fremd- und Eigenkapital möglichst bald wieder ins Lot. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Grünen zu folgen und den Steuerfuss um 4 % zu erhöhen auf 60 %. Sparen wir auch bei den Zinsen ein bisschen etwas ein. Und übrigens – wir haben es schon gehört – in diesem Kontext noch: Wir haben auch nach dieser Steuererhöhung noch die tiefsten Steuern im Kanton Glarus.

Votum Roland Goethe

Im Namen der FDP beantrage ich Ihnen, die Erhöhung des Steuerfusses um 3 % und jeden weiteren Antrag zur Erhöhung des Steuerfusses abzulehnen. Gerne zitiere ich unseren Ständerat Benjamin Mühlemann anlässlich seines Interviews im Feusi Federal:

«Wie im privaten Haushalt kann man auch im Bundeshaushalt nicht mehr ausgeben als man zur Verfügung hat. Es gibt drei Möglichkeiten:

1. Steuererhöhungen: Nach dem Motto: Wir knöpfen uns die Bevölkerung vor und nehmen das einfach denen aus dem Portemonnaie.
2. Verschuldung: Man kann Schulden machen, was die denkbar schlechteste Möglichkeit ist.
3. Man macht Einsparungen und verzichtet auf Ausgaben».

Die FDP teilt die Meinung von Ständerat Benjamin Mühlemann. Wir müssen Einsparungen machen und auf Ausgaben verzichten

Wir haben in den letzten Jahren viel – sehr viel ausgegeben, ohne einmal auf das Preisschild zu schauen. Die Gemeinde Glarus kann und darf sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr alles leisten. Die FDP hat immer wieder in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass mit den Ausgaben moderater und vor allem zielgerichteter umgegangen werden soll.

Die FDP steht für eine verantwortungsvolle Haushaltsführung – nicht nur heute, sondern auch für die kommenden Generationen. Wir wollen eine attraktive Gemeinde für alle, aber nicht auf Kosten weniger, nämlich derjenigen Bürgerinnen und Bürger, die stets gewissenhaft und sparsam mit ihrem Geld wirtschaften.

Auch die SP schreibt in ihrer Medienmitteilung zur heutigen Gemeindeversammlung: «Den Steuerfuss ausgerechnet in Zeiten steigender Kosten für die Privathaushalte, von denen 90 % der Steuereinnahmen stammen, zu erhöhen, ist ein schwieriges Unterfangen. [...] Für die SP ist es nicht nachvollziehbar, sich nun für eine Steuererhöhung einzusetzen».

Ich appelliere an Sie alle und an Ihre Vernunft: Lassen Sie uns zusammen kämpfen, um die Gemeinde Glarus auch weiterhin lebenswert und für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu halten. Die Ablehnung der Steuererhöhung bedeutet einen klaren Schritt in Richtung einer nachhaltigen Finanzpolitik. Darum beantragt Ihnen die FDP, die Erhöhung der Gemeindesteuern abzulehnen.

Votum Heinrich Hösli

Es gibt ein altes Sprichwort: wie man nestet, so liegt man. Genestet haben sie selbst. Einmal haben sie die Gemeinde Rüti bevormundet. Glarus war damals im selben Schuldenloch. Sie haben die Gemeinde laufen lassen, wahrscheinlich, weil Frau Regierungsrätin Marianne Dürst dort zu Hause war. Es ist auch dazugekommen, dass es einmal eine Gemeindefusion gegeben hat. Auf dem Landsgemeindeplatz hiess es, dass die Gemeinden schlanker werden müssen. Das dünkt mich so: die Gemeindehäuser vollstopfen mit Leuten, die es gar nicht braucht, an einem Bleistift nagen, wenn man in die Steinkohle runter zum Tanken geht, sieht man den Vorarbeiter bald auf einer Bico-Matratze liegen.

(Der Vorsitzende fragt, ob es einen Antrag gibt.)

Es ist ein Ablehnungsantrag. Als wir hier gesagt haben, dass wir die Kehrrietzstationen nicht kaufen, hat Hans Peter Spälti diese doch gekauft. Und wo sind die goldenen Velobügel? Beim Firmenareal Hösli unten? Es ist schon lachhaft, wie man mit unserem Geld so fuhrwerkt. Ich bin auch einmal zur Schule gegangen und der Lehrer hiess auch Herr Aebli, wahrscheinlich der Grossvater unseres Gemeindepräsidenten; dieser hat gesagt: «Keine Ausgaben sind auch Einnahmen». Er hatte Recht. Setzt den Hebel hier einmal an. Wie ein paar gesagt haben, der Gemeinderat lernt es schon noch.

(Der Vorsitzende merkt an, dass der Lehrer Aebli aber auch gesagt hat, dass man respektvoll miteinander umgeht.)

Schlussvotum Mischa Toso, Departementsvorsteher Finanzen und Controlling

Selbstverständlich beantrage ich Ihnen, den Antrag von SVP, FDP und Herrn Hösli abzulehnen. Auch ich könnte mir Schöneres vorstellen als, als erste Amtshandlung eine Steuererhöhung zu beantragen. Aber warum ist diese Steuererhöhung so wichtig? Dafür müssen wir zuerst in die Vergangenheit schauen. In den letzten Jahren hat man viele Investitionen getätigt, die man einfach so auf das ordentliche Budget genommen hat, sei das eine Sanierung der Äugstenhütte, eine Sanierung der Badi Netstal, ein Umbau des Schulhauses Netstal, ein Neubau eines Kindergartens Netstal oder ein Umbau des Schulhauses Erlen in Glarus. Das alles hat natürlich auch Auswirkungen auf die Gegenwart. Wir haben in der Rechnung 2023 Schulden in der Höhe von CHF 50 Mio. in langfristigen Darlehen. Gemäss Budget 2024 kommen weitere CHF 21 Mio. dazu. Wir haben im Budget 2024 einen Finanzierungsfehlbetrag von über CHF 21 Mio. drin. Auch wenn wir zwei, drei Sachen angepasst haben, haben wir im Budget 2025 wieder einen Finanzierungsfehlbetrag von über CHF 9 Mio. Das heisst, wir werden voraussichtlich Ende des Jahres 2025 CHF 80 Mio. Schulden haben in langfristigen Darlehen, die uns mit einem Zinsaufwand von über CHF 1.12 Mio. belasten werden. Streichen wir jetzt oder lehnen wir diese Steuererhöhung ab, kommen dort weitere CHF 40'000 hinzu.

Machen wir den Ausblick in die Zukunft. Wir werden Ende des Jahres 2025 voraussichtlich noch CHF 35 Mio. Reserve haben, bevor wir in die Schuldenbremse fallen. Das heisst, wir haben noch CHF 31 Mio., die wir ausgeben können, bevor uns der Kanton den Riegel schiebt. Wenn es so weit ist, dürfen wir nur noch Investitionen tätigen, bei denen wir 80 % selbst finanzieren müssen. Bei den Investitionen, die wir jetzt machen, ist es genau umgekehrt. Dort haben wir 80 % Fehlbetrag. Wenn wir uns daran erinnern, dass wir einen Planungskredit gesprochen haben für den Umbau Schulhaus Buchholz und die Turnhalle, der voraussichtlich über CHF 31 Mio. kosten soll, ist der Fall klar, dass das dann das letzte Projekt sein wird für lange Zeit. Wenn wir die Steuererhöhung ablehnen, sind wir einfach früher schon in dieser Schuldenbremse. Wenn wir uns anschauen, was wir in unserer Gemeinde alles bieten können, dann meine ich, dass 59 Steuerprozent nicht falsch sind, wenn man in den Süden und in den Norden schaut. Wir haben einen Flowtrail, wir haben drei Schwimmbäder, Eisfeld, Sportanlagen, moderne Schulhäuser und ein funktionierendes und belebtes Dorfleben. Es wurde heute schon einmal gesagt, dass man im Jahr 2020 auf 2021 die Steuern um 2 % gesenkt hat, weil die finanzielle Lage gut war. Jetzt hat sich der Wind leider gedreht und die finanzielle Lage sich verschlechtert, mit der Konsequenz, dass auch wir nicht um eine Steuererhöhung herumkommen. In der Medienmitteilung der SP stand, dass man zu Zeiten steigender Kosten die Privathaushalte nicht mehr belasten dürfe. Das Problem ist einfach, dass auch die Ge-

meinde mehr Belastungen hat. Ich kann Ihnen ein Beispiel machen. Wir haben neue Versicherungen gebraucht: Gebäudeversicherung, Sachversicherung und Maschinenversicherung. Nur diese drei Versicherungen werden uns über CHF 200'000 mehr kosten als noch dieses Jahr. Auch wir haben mit steigenden Energiekosten zu kämpfen in all den Liegenschaften, die wir haben.

Die Steuererhöhung befreit den Gemeinderat in keiner Art und Weise von seiner Aufgabe, in Zukunft so schnell wie möglich die Sparmassnahmen umsetzen zu müssen. Auf Seite 21 im Memorial sehen Sie, dass man aus der betrieblichen Tätigkeit einen Verlust von CHF 4.021 Mio. macht inklusive Steuererhöhung. Das heisst, wenn wir die Steuererhöhung heute ablehnen, sind das sogar CHF 6 Mio. Defizit aus betrieblicher Tätigkeit. Das heisst umgekehrt, von diesen CHF 6 Mio., die uns dort fehlen, kommen CHF 2 Mio. aus der Steuererhöhung und die CHF 4.021 Mio. muss der Gemeinderat irgendwo versuchen einzusparen. Würden wir nur um CHF 2 Mio. Defizit diskutieren, gäbe ich den Antragstellern sogar Recht. Dann sollte der Gemeinderat selbst schauen, woher er diese nehmen kann. Da wir aber, wie vorher angetönt, über CHF 80 Mio. Schulden haben, die wir zurückzahlen müssen, wir kurz vor der Schuldenbremse stehen, meine ich, dass diese Steuererhöhung durchaus gerechtfertigt ist. Der Kanton hat in seinem Sparpaket vor, rund CHF 7 Mio. zu sparen. Ich habe gesagt, ohne Steuererhöhung haben wir nur schon ein Defizit aus der betrieblichen Tätigkeit von CHF 6 Mio. Es ist also unmöglich, dass der Gemeinderat ohne Steuererhöhung das Geld einsparen kann. Das ist einfach nicht realistisch. Die Steuererhöhung jetzt abzulehnen, ähnelt ein wenig der Vogelstrausstaktik: den Kopf in den Sand stecken und hoffen, aber zu hoffen ist bei über CHF 80 Mio. Schulden der falsche Weg. Ich bitte Sie eindringlich, dieser Steuererhöhung heute Abend zuzustimmen.

Der Vorsitzende

Wir haben verschiedene Anträge, nämlich den Antrag von Marius Grossenbacher im Namen der Grünen mit Erhöhung der Steuer auf 60 %, dann den Antrag von Herrn Franz Freuler im Namen der SVP, unterstützt von Roland Goethe im Namen der FDP und von Heinrich Hösli, auf 56 % zu bleiben und den Antrag des Gemeinderats auf 59 % zu erhöhen.

Ich stelle zuerst die beiden Anträge 56 % und 60 % einander gegenüber und den obsiegenden Antrag dem Gemeinderatsantrag.

(Der Antrag der SVP, FDP und Heinrich Hösli wird vorausgenommen. Es wird abgestimmt.)

Das erste ist das grössere Mehr.

Ich stelle den obsiegenden Antrag dem Antrag des Gemeinderats gegenüber. Ich nehme den Antrag des Gemeinderats voraus.

Sie haben mit 222 zu 207 Stimmen den Steuerfuss auf 56 % festgesetzt.

Der Gemeindesteuerfuss wird für das Jahr 2025 auf 56 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Schlussworte und Dank

Bevor wir zum Schluss kommen, habe ich die Aufgabe, noch zwei verdiente Personen zu verabschieden.

Im Jahr 2019 hat der Gemeinderat Markus Rhyner zum Gemeindeschreiber gewählt. Er hat seine Aufgaben mit grossem Engagement angepackt. Er hat die Gemeindekanzlei effizient organisiert und geführt, hat Prozesse vereinheitlicht, die Digitalisierung vorangetrieben und war das juristische Gewissen des Gemeinderats. Seine umsichtigen Vorbereitungen haben die Arbeit des Gemeinderats sehr erleichtert. Markus Rhyner hat die Gemeinde in verschiedensten Gremien auf Kantons-ebene vertreten. Manchmal sind Gemeinde Glarus Süd und Glarus Nord froh gewesen, wenn Markus Rhyner mit in der Arbeitsgruppe war, weil sein Wissen gefragt war und er jeweils auch angepackt hat. Bei der Umsetzung des politischen Auftrags, den Sie erteilt haben, nämlich die Gemeinde auf das Jahr 2022 neu zu strukturieren, war er massgeblich beteiligt. Wenn Entscheidungen einmal gefällt sind, dann legt Markus Rhyner los und er arbeitet in hohem Tempo. In der neuen Struktur war er Departementsleiter Präsidiales und Wirtschaft. Auch in diesem Verantwortungsbereich hat er sich für seine Mitarbeitenden eingesetzt. Deren Wohl war ihm wichtig. Für mich war Markus Rhyner der engste Mitarbeiter. Seine scharfsinnigen Analysen wurden geschätzt. Auch dass die Gemeindeversammlungen immer perfekt vorbereitet waren, ist sein Verdienst. Dass ich heute noch zwei Ausrutscher hatte, war nicht seine Schuld. Im Namen des Gemeinderates und der Mitarbeitenden der Gemeinde danke ich Dir für Deinen unermüdlichen Einsatz und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute.

Hans Peter Spälti ist seit dem Jahr 2019 als Gemeinderat der neuen Gemeinde Glarus tätig. Zuerst war er Vorsteher des Ressorts Bau und Umwelt, seit dem Jahr 2022 dann des Departementes Bau und Versorgung. Hans Peter Spälti war aber immer mit viel Einsatz für die Öffentlichkeit tätig: In den Jahren 1990 bis 1998 als Gemeinderat in Netstal, als Präsident der Spitex, acht Jahre lang war er Schulpräsident von Netstal, er war Projektleiter der Gemeindestrukturreform, die dann zur Gemeinde Glarus Mitte geführt hat. Daneben war er Landrat und Landratspräsident. Seit dem Jahr 2022 ist er zudem Verbandspräsident des Abwasserverbandes Glarnerland. Er hatte viele Ämter, aber das ist nicht der Leistungsausweis. Der Leistungsausweis ist der, dass er dort, wo er dabei war, immer gearbeitet und angepackt hat. Er hat wirklich etwas geleistet. Hans Peter Spälti ist ein Macher, der Lösungen sucht und umsetzt. Ich durfte ihn zwei Jahre lang im Gemeinderat erleben, wie er Projekte anpackt und zu Ende führt. Nicht selten gab es Widerstand und das eine oder andere Mal stand Gemeinderat Hans Peter Spälti auch in der Öffentlichkeit in der Kritik. Aber wo man holt, da fliegen Späne und es ist nicht möglich, bei komplexen Problemen es immer allen zu 100 % recht zu machen. Hans Peter Spälti war immer an der Front, suchte den Kontakt mit der Bevölkerung und bot Hand für pragmatische Lösungen. Wenn das Gesetz Spielraum liess, hat der diesen ausgenutzt, immer zugunsten der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne hat Hans Peter Spälti seine Aufgaben hervorragend gelöst. In den Beratungen des Gemeinderates war sein Rat gefragt. Manchmal hielt er sich während Diskussionen zurück, aber wenn er sich geäussert hat, war dies durchdacht, Manchmal habe ich abgewartet und am Ende Hans Peter Spälti das Wort gegeben, und das, was er eingebracht hat, hat eben gezeigt, was für eine grosse Erfahrung er hat, nicht nur aufgrund seiner politischen Ämter, sondern auch aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit als Gemeindeschreiber. Hans Peter, Du hast Dich, besonders seit du pensioniert bist, mit einem ungeheuren auch zeitlichen Engagement für die Gemeinde eingesetzt. Du warst so etwas wie die mächtige Eiche im Sturm im Gemeinderat, die standhält. Wir werden Dich und Deinen Rat, aber auch Deinen Humor vermissen.

Im Namen der Gemeinde Glarus zum Dank Deiner geleisteten Dienste verleiht Dir der Gemeinderat die Ehrennadel der Gemeinde Glarus. Wir wünschen Dir für die Zukunft alles Gute.

Bevor ich mich von Ihnen verabschiede, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass bald wieder der Samichlaus in unserer Gemeinde unterwegs ist.

Am Wochenende vom 6. bis 8. Dezember 2024 findet zudem der traditionelle Weihnachtsmarkt in Glarus statt, neu im Volksgarten. Sie sind alle herzlich dazu eingeladen.

Polizeistunde:

Die Polizeistunde ist im ganzen Gemeindegebiet auf 02:00 Uhr festgelegt.

Verabschiedung:

Erlauben Sie mir noch ein persönliches Schlusswort, bevor ich Sie verabschiede. Wir hatten eine intensive politische Auseinandersetzung heute. Das ist gut so, davon lebt die Demokratie. Der Umgang miteinander war meistens respektvoll. Ich war bis jetzt stolz auf die Gemeindeversammlung Glarus, wenn man manchmal bei den anderen Gemeinden schaut, wie dort der Umgang miteinander ist. Ich war stolz auf die Gemeinde Glarus und im Sinne von «Wehret den Anfängen» hoffe, dass wir auch in Zukunft würdige Gemeindeversammlungen und einen respektvollen Umgang miteinander haben, dass die Voten der Kontrahenten geachtet werden und dass man zuhört und sich korrekt verhält. Helfen Sie da mit, ich denke, dies ist auch in Ihrem Interesse. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und wünsche Ihnen einen guten Abend, eine schöne Adventszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ende der Gemeindeversammlung: 22:45 Uhr

Glarus, 29. November 2024

Der Vorsitzende



Peter Aebli

Der Protokollführer



Markus Rhyner